



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

44 (27.1.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-139842](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-139842)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Eringerlohn 30 Wg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
ausschlag W. 2.42 pro Quartal.
Einzel-Nummer 6 Wg.

Inserate:

Die Colonne-Heile . . . 25 Wg.
Auswärtige Inserate . . . 30
Die Kellern-Heile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestete und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegraphen-Adresse:

„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlags-
buchhandlung 218

Nr. 44.

Donnerstag, 27. Januar 1910.

(Abendblatt.)

Allerlei Intriguen.

Der „Tempo“ bringt einen Leitartikel seines auch in Deutschland bekannten Redakteurs für auswärtige Politik, des Herrn Tardien, über ein Interview des Grafen Lehrenthal mit dem Londoner Korrespondenten der „Nowoje Wremja“, Herr Wesselski. Die telegraphischen Nachrichten über diesen Tardien-Artikel haben schon vorgestern gezeigt, daß hier ein interessanter journalistischer Versuch mit politischer Absicht vorliegt; der Wortlaut des Artikels enthält aber davon noch weit mehr, als die telegraphischen Auszüge. Vor einigen Tagen hatte die „Nowoje Wremja“ ein Interview publiziert, das Herr Wesselski im Dezember vorigen Jahres mit dem Grafen Lehrenthal gehabt zu haben behauptet. Graf Lehrenthal hat sich Herrn Wesselski gegenüber, in einer für Rußland lebenswürdigen Weise ausgesprochen, er hat gesagt, er habe bereits 20 Jahre seines Lebens mit der Vorbereitung einer österreichisch-russischen Annäherung zugebracht, man habe in Rußland die Annexion Bosniens und der Herzegowina falsch verstanden, es sei ferner falsch, daß Deutschland irgendeinen Einfluß auf die auswärtige Politik Österreich-Ungarns ausgeübt habe; wenn irgendeine Macht einen solchen Einfluß ausüben könnte, so wäre das viel eher Rußland. Der Wortlaut des Interviews des Herrn Wesselski zeigt deutlich, daß der Korrespondent versucht hat, den vom Grafen Lehrenthal gebrauchten Redewendungen nach Möglichkeit eine Spitze gegen Deutschland zu geben. Graf Lehrenthal hat tatsächlich über die Beziehungen zu Deutschland nur gesagt, was seinerzeit Fürst Bülow im deutschen Reichstage erklärt hatte, daß nämlich Deutschland von der bosnisch-herzegowinischen Affäre nichts gemerkt habe und daß hinter der österreichisch-ungarischen Balkanaktion keinerlei deutsche Einflüsse zu suchen seien. Wesselski verfuhr aber die Sache so darzustellen, als hätte der Minister sich gewissermaßen gegen deutsche Einflüsse verwehrt und angedeutet, daß er russischen Vorschlägen eher zugänglich sein würde. Natürlich ist dieses sogenannte Interview in der Wiener Presse nicht unbeachtet geblieben. Graf Lehrenthal ließ aber sofort offiziell erklären, daß er den Deutschland betreffenden Satz des Interviews niemals gesprochen habe und daß all diese Zutaten als persönliches Werk des Herrn Wesselski angesehen werden müßten.

Damit hätte die Sache erledigt sein können. Nun ist es doch seltsam, daß Herr Tardien, der in Paris großes Ansehen und, wie behauptet wird, auch großen Einfluß besitzt, sich dieser Interview-Geschichte bemächtigt, um in einem ausführlichen Artikel allerlei Dinge anzubringen, Redaktionell, den man ihm aus Wien berichtet haben wird, und dessen Verbreitung ihm geeignet zu sein scheint, die deutsch-österreichischen Beziehungen ein wenig zu trüben. Er behauptet, daß Graf Lehrenthal durch gewisse Intriguen sehr bedroht wäre, daß diese Intriguen ausgehen von einer Gruppe deutscher und österreichisch-ungarischer Politiker, unter denen Graf Goluchowski und der deutsche Vorkämpfer v. Tschirichy sein sollen. Das ist natürlich nichts weiter als Klatsch. Die Wiener Diplomaten beeifern sich, ihn als solchen hinzustellen. Das heutige erste Morgenblatt der „Allg. Ztg.“ bringt folgendes Wiener Telegramm:

Wien, 26. Jan. Das Märchen des Temps, das den deutschen Vorkämpfer in Wien v. Tschirichy als bösen Ränkespinner schildert, der einerseits den Grafen Lehrenthal hinterzöge, andererseits gegen den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und den Staatssekretär v. Schöner heimlich arbeite, wird mir von dem berühmten diplomatischen Exzellenz als völlig erfunden bezeichnet. An der ganzen Geschichte sei kein wahres Wort, die Quelle dieser Erfindungen, die leicht erkennbar sei, wisse sehr wohl, daß Herr v. Tschirichy die feste Stütze des deutsch-österreichischen Bündnisses in Wien gewesen sei und bleibe, und daß er mit Lehrenthal auf bestem freundschaftlichem Fuße stehe. Deshalb sei ihm Herr v. Tschirichy besonders unangenehm; sie habe eine Mine gegen ihn legen wollen durch das Gespräch Wesselskis mit Lehrenthal, dessen Streben zutage getreten sei, mit Rußland wieder in ein normales Verhältnis zu kommen, da sie dieses Streben mit Sorge für das russisch-französische Bündnis erfüllte. Dabei habe sie offenbar Augen zieleen wollen aus der Wendung, die nach Wesselskis Bericht Graf Lehrenthal gebraucht hätte, um der russischen öffentlichen Meinung die Wahrheiten auszusprechen, als habe Deutschland auf Lehrenthal Balkanpolitik irgendeinen Einfluß genommen. Diese Wendung sei in Deutschland von dem weniger unterrichteten Teile der Presse als Schwächen Lehrenthals von der bisherigen Bündnispolitik aufgefaßt worden, doch sei diese Auffassung gänzlich falsch. Der Vorkämpfer habe erst gestern wieder eine freundschaftliche Aussprache mit dem Grafen Lehrenthal gehabt, die das Festhalten an der alten Bündnispolitik neu bekräftigt und zugleich die unerwünschten guten persönlichen Beziehungen zwischen beiden bestätigt habe. Was des Vorkämpfers Beziehungen zu den Berliner leitenden Stellen angehe, so sei ein eben erst in der Volkshaus eingetroffenes Bildnis Kaiser Wilhelms, eine mit eigenhändiger Unterschrift versehene Kopie des neuesten kaiserlichen Porträts, ein Laxer Verweis für das unverständliche Wortspiel und die Unzufriedenheit des Kaisers mit seinem Vertreter in Wien. Was eine Annäherung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn betreffe, so könne sie von Deutschland nur hergärtet werden, und was von deutscher Seite geschehen könne, um eine solche Annäherung zu fördern, werde genügt geschehen.

Wenn man nun den Verdrehungsversuch des Herrn Wesselski und die in dem Temps-Artikel enthaltenen Zusammenhänge in Zusammenhang bringt und sich dabei noch erinnert, daß auch unter den auswärtigen Journalisten Berlins allerlei Erzählungen in Umlauf gesetzt worden sind, die deutsche Kreise gegen Herrn von Lehrenthal beeinflussen sollen, so wird man nicht umhin können, anzunehmen, daß es sich hier nicht um einzelne zusammenhanglose Vorkommnisse, sondern um eine organisierte Kampagne handelt, deren Ziel es ist, zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn Unfrieden zu stiften. Es wird seit langem gewünscht, daß zwischen Rußland und Österreich-Ungarn eine gewisse Entspannung eintrete, es sind auch Anzeichen vorhanden, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erfreulicherweise im Begriff sind, sich besser zu gestalten. Diese Gelegenheit wird nun von einigen eigenen und nicht untelegrafierten Brummengiftern dazu benützt, zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn Misstrauen zu säen. Es ist schwer zu sagen, wo eigentlich die treibende Kraft dieser niemals endwollenden Sperrversuche steckt. Ist es der Ehrgeiz einiger intriganten Agenten, die eine Rolle spielen wollen? Oder stehen ernst zu nehmende Pläne dahinter? Man wird da wohl annehmen müssen, daß wenn auch die einzelnen Kräfte dieser Ergriffe auf Konto ihres privaten Eifers zu setzen ist, ihre Arbeit doch in der Richtung einflussreicher Wünsche geht. Wie dem auch sei, diese kleinen Geister verkaufen jedenfalls billig die Natur

des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses und die Festigkeit der Grundlage, auf der es ruht. Sie werden durch ihre Versuche nichts Positives erreichen, wenn nicht das eine, daß von Zeit zu Zeit ein wenig Licht auf ihre dunkle Tätigkeit fällt.

Wie die Diplomaten des Zweibundes in Wien, so begrüßen auch die amtlichen Kreise in Berlin die Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland und finden darin nichts Beforgnisserregendes.

Wenn jetzt Österreich-Ungarn und Rußland Meinungsverschiedenheiten begleichen und sich einander nähern wollen, so entspricht dies nur dem eigenen Wunsche Deutschlands, freundschaftlich zu seinem östlichen Nachbarn zu stehen. Es ist keine Erratour der Diplomatie unseres Verbündeten, und wenn der zu einer Art persönlichen Kampfes angedeutete Gegensatz zwischen dem Grafen Lehrenthal und Herrn Tschirichy ausgeräumt wird, können wir darin nur eine Stärkung unseres Bundesverhältnisses, keine Beeinträchtigung erblicken. Österreich-Ungarn und Deutschland sind durch Bande aneinandergeknüpft, die in der Gemeinsamkeit ihrer Interessen bestehen und dadurch ihre Stärke und Festigkeit erhalten, ohne die Bewegungsfreiheit der Bundesgenossen einzuschränken.

Zurückziehung der Schiffsahrtsabgaben-Vorlage

fordert die „Allg. Rundschau“:
Man muß sich darüber klar werden, daß der preussische Landtag in die große Kanalvorlage den berechtigten Paragr. 19 eingeschleppt hat, wonach auf den im Interesse der Schifffahrt regulierten Flüssen Schiffsahrtsabgaben zu erheben sind. Damit hätte der preussische Landtag in ein preussisches Gesetz eine der Reichsversammlung übertragene Bestimmung hineingeschoben. Einer unserer bedeutendsten Staatsrechtslehrer, Herr Prof. Dr. Wach, konnte deshalb in der jüngsten ersten Kammer mit vollem Rechte ausführen: „Weil der Inhalt dieses Paragr. 19 eine Aenderung der Reichsverfassung voraussetzt, ist er verfassungswidrig, also nichtig.“ Der Auffassung Dr. Wachs stimmen bekanntlich alle namhaften Staatsrechtslehrer zu. Wenn sich im preussischen Abgeordnetenhaus trotzdem großer Parteien für die Einführung von Schiffsahrtsabgaben betätigen, so geschah das wohl in der Absicht, das Schuldenwesen in milderem Lichte erscheinen zu lassen, viellecht auch, um auf die Entscheidungen des Bundesrates einen sanfteren Druck auszuüben. Aber verfassungsmäßig ist es jetzt nicht mehr Sache des preussischen Landtages, über die Einführung von Schiffsahrtsabgaben zu entscheiden, vielmehr ruht die Entscheidung zunächst in den Händen des Bundesrates und Reichstages. Wenn Kreuze im Bundesrat nach angelegentlichem Besatz des Finanzministers Rothemann von Rheinbaben verfahren sollte, so würde es sich mit seiner Vergeßlichkeitspolitik in einem solchen Gegenstande zu der Politik unseres Reichskanzlers setzen; nach Bismarck hat jederzeit eine Majorisierung von Bundesräten glattweg abgelehnt. Als A. der Entwurf eines Reichslokalbahngesetzes im Bundesrat erörtert wurde, so sah einige Bundesräten auf ihre Reichsratsrechte bedauern, doch er die Sitzung kurz ab und ließ nicht einmal ein Protokoll über die Verhandlungen anfertigen. Wenn die heutigen verantwortlichen Leiter der Reichspolitik glauben sollten, mit der Vergeßlichkeit von Einzelstaaten die Interessen des Reiches zu sichern, so befinden sie sich in einem verhängnisvollen Irrtum. Weltliche Reichs- und Freundschaft, so führte Wach in der jüngsten Kammer weiterhin aus, dokumentiert sich nur durch strenge Befolgung des Grundgesetzes: Einer für alle, alle für einen, nicht aber des Prinzipals Ausbeutung des einen durch den andern.“

Genilleton.

In der Residenz der indischen Sonnendynastie.

Unter den Königreichen von Madjaputana, die sich mitten im engl. Machtbereich ihre politische Unabhängigkeit zu bewahren geduldet haben, ist das größte und mächtigste Djahodpore, das mit seinen 95 000 Quadratkilometern, größer als Bayern und Württemberg zusammen ist, und dessen drei Millionen Einwohner die Kraft und höchste Wäute der indischen Rasse repräsentieren. Der Herrscher dieses Reiches, der junge Maharadscha Sarbar Sinah, lebt in seiner märchenhaft schönen Residenz Djahodpore, die an der Grenze der großen Tharmüste, eine Eisenbahnstation nördlich von der englischen Stadt Adschmer liegt. Einen Besuch bei diesem Sprößling der uralten indischen Sonnendynastie schildert Ernst von Hesse-Wartegg in „Aber Land und Meer“. Wenn man durch Madjaputana reist, so glaubt man sich von der romantisch-malerischen Szenerie des tiefen Mittelalters umgeben. Die Könige leben in ihren altangestammten, von gewaltigen Ringmauern umschlossenen Burgen, umgeben von prächtigen Hofstaaten, mit Zwergen, Hofnarren, Märchen-erzählern, Balletkörps, lassen sich auf ihren Jagdzügen von Jagdleoparden und Falken begleiten, reiten auf Elefanten, amüsieren sich mit blutigen Elefanten- und Tigerkämpfen und erscheinen bei den „Durbars“, das heißt den offiziellen Festlichkeiten, in altindischen Glanz, geschmückt mit Edelsteinen im Werte von Millionen. Diese stolzen Jader haben auch nicht das geringste, nicht einmal europäisches Schwelgerei, von den Engländern angenommen. Nur in einem

mühten sie sich noigedungen dem Vorbilde ihrer Feinde anzuweichen: in der modernen Bewaffnung ihrer Arme. Doch tragen die Herren und ihre Leibgarde noch immer die altangestammten Waffen, Säber und Dolch, Bogen und Pfeil, sogar Kettenpanzer und Eisenhelm. Djahodpore, der Königsitz, enthält nicht etwa nur einen Herrscherpalast, sondern eine Fülle von Königszählern, die alle auf dem hohen, stark befestigten Felsen über die Stadt und aus der gelben, sandigen Ebene fast senkrecht aufragen. Nach ausländischer Sitte darf nämlich kein Fürst den Palast seines Vorgängers beziehen, sondern er erbaue sich bei seinem Regierungsantritt eine neue Residenz. Wäher lagen all diese Schlösser auf dem Burgfelsen, aber der junge Maharadscha hat mit dieser Tradition gebrochen und sich seinen Palast in einem grotesken Ausstattungsstil unten in der Stadt bei seinen Untertanen erbauen lassen. Modernen Neigungen huldigte auch schon sein Vater, der zwar noch hinter den 100 Meter hohen Festungsmauern sein Heim gründete, aber als junger Mann sich aus der schwäbischen Kirchturnhöhe oft an einem Zeit verabschiedete, um in der Stadt tollkühnen Redebekentenen nachzugehen und beim Morgenrauschen wieder in die Burg seiner Ahnen zurückzukehren. Buntsfarbig und phantastisch ist das Bild, das sich in den Straßen des palastreichen Djahodpore darbietet. Da hüben Frauen hin, vom Kopf bis zu den Fußknöcheln in faltenreiche glitzernde Gewänder gehüllt, an den Armen und Hüften strotzende Gold- und Silberspangen. Auf reichgeschürzten goldenen Pferden längeln die Barone und Ritter daher, das Schwert zur Seite, die Hüfte in silbernen Bügeln. Dem Edelmann folgt das nicht minder stolze Geleit seiner Weiber, Pantoffel- und Schwertträger. Ein Elefant schreitet majestätisch einher, das dunkelbraune Netzelt auf dem Rücken; davor auf dem Kopf der betrubante Mahaut mit dem Reithofen. Dahinter tanzen Kamelreiter auf des

Armees des Maharadscha auf. In der gewaltigen Festung oben wandelt man durch die reich mit Stulpturen geschmückten, weitläufigen Paläste der Fürsten, der Ältesten und vornehmsten indischen Herrscher, die sich rühmen, in direkter Reihe von dem sagenhaften Ahnherrn des ganzen Volkes, von Rama, abzustammen. Da tun sich wahre Babylonier von Gemächern auf, mit Spiegelwänden und grotesken Malereien, mit Fontänen, Marmoralkonen und lustigen Erfern. Die reichhaltige Waffensammlung, die sich hier befindet, enthält einen solchen Reichtum an Edelsteinen, wie ihn keine Schatzkammer europäischer Kaiserhöfe besitzt. All die kostbaren Schwerte, Dolche, Pistolen, Streitkräfte, Säber, auch die Elefanten- und Pferdegeschirre, Inseln und glühen von prächtigen Juwelen. Außerdem aber sind da noch sechs Waffenschänke, gefüllt mit den herrlichsten Verlen, Smaragden, Rubinen und Saphiren, alle von unerreichter Größe und Reinheit, in kunstvoller Weise zu Krappen, Ören, Raten, Band- und Fußgeschmücken gefaßt, Krochen, Knöpfe, Ringe, Schwert- und Dolchgriffe, im Wert von vielen Millionen! Nicht weniger als zehn Halsketten bestehen aus Smaragden und Verlen von Halsnaggröße, und an ihnen baumeln Diamantkollektoren von der Größe von Taubeneiern! Jede einzelne dieser Ketten muß einen Wert von mindestens einer Million besitzen. In andern Schränken heben Lohsauffaße und Ehrengirre aus purem Golde, Koffboxen mit dem feinsten Djahodporemail, Vasen, Gefäße, mit Rubinen und Smaragden geradezu bedeckt, sogar Zellstangen aus getriebener Golde! Wie diese Anhängsel von Reichthümern, so ist auch das Leben am Hofe des Maharadschas noch ganz mittelalterlich. In aufregenden Jagden, in gefährlichen Reiterwägen und brunnvollen Zeremonien gestaltet sich das Leben zum ewigen Fest.

Man kann nur der Erwartung Ausdruck geben, daß diese Worte möglichst weithin Verbreitung finden. Es ist wirklich höchste Zeit, daß sich die preussische Regierung zu einer entschlossenen Tat aufrafft und die Schiffahrtsabgaben-Variante möglichst bald in der Revision verschwinden läßt. Damit erwölbe sie den Reichsinteressen einen weit wertvolleren Dienst, als wenn sie dem fallen Eigentum einer bestimmten Interessentengruppe verhängnisvolle Opfer bringt.

Im „Tag“ behandelt Dr. Hans J. Helmolt die Gefährdung der bundesstaatlichen Eintracht durch die Schiffahrtsabgaben. Zum Schluß seiner Ausführungen schreibt er, es erwidere einem einfach unmöglich, daß ein so ideal verkörpertes Deutschland um einer zunächst wirtschaftlichen Einzelfrage willen schwer errungene und schwer behauptete Impponderabilität mehr oder weniger leichten Herzens auf Spiel setzen könnte. Lasse man alle diese Erwägungen mit der ihnen innewohnenden Macht auf sich wirken, werde man ferner in gebührender Rechnung, daß gegenüber den durchschlagenden Argumenten eines Laband, eines Otto Mayer, eines Hoch Herr Peters sich nur auf die wenig überzeugende Verteidigung durch Ad. Rendt und Rob. Viloth stützen könne, so dürfe seine Bitte um Zurückziehung des Entwurfs leidlich gut begründet sein. Es solle aber mit dieser Forderung die Arbeit mehrerer Jahre keineswegs glatt vernichtet werden:

Die Notwendigkeit einer mehr und mehr gesteigerten Reduzierung der Abgaben-Pläne hat es mit sich gebracht, daß eine Fülle überaus wertvollen Materials, das durchaus nicht gerade an die Aufrechterhaltung von Paragraph 9 des 2. Artikels des Entwurfs gebunden ist, zu anderweiter Verwendung sofort zu Gebote steht. Am 19. Januar hat Exzellenz Rad in der sächsischen Ersten Kammer — hauptsächlich auf Grund authentischer Unterlagen — nachgewiesen, daß im Jahre 1920 aus Abessinien, Mesopotamien und anderen Ländern eine Einnahme von 11 350 000 M. erzielt werden würde; in der Tat eine im Verhältnis zu unserem Reichdeutal lächerlich geringfügige Summe, die eine einschneidende Verschonungsänderung schließend nicht entschuldigt. Übernehmen wir für ferne koloniale Eisenbahnbauten Finanzgarantien, die jene Summe schon jetzt beträchtlich übersteigen, so ist es am Ende keine Angelegenheit oder Ungerechtheit, anzudeuten, daß von nun an die unumgänglich nötigen Kanalisationen und Regulierungen (größerer Maßstab im deutschen Heimatland aus Wasserarbeiten zum Range von Reichsanlagen) (ohne Wasserzölle) erhoben werden. Daß hierzu kein einziger der ausschlaggebenden Einzelstaaten seine Einwilligung verweigern werde, ist noch weiter anzunehmen. Vielmehr würden es Sachsen, Baden und Hessen mit lebhafter Bemühung begrüßen und ohne jeden Hebel oder schiefen Hinteregedanken an der Verwirklichung der Main- und Neckarverbesserung usw. usw. freundschaftlich mitarbeiten, wenn nur Peters auf Grund dieser tatsächlichen Erhebungen und vollwirtschaftlichen Berechnungen neue Einzelentwürfe der oben angezeigten Art vorzulegen sich entschließen könnte. Dann wäre einerseits das Odium einer von drei und mehr Bundesstaaten bitter beschleunigten Änderung der Reichsverfassung mit einem Schlag beseitigt, andererseits der wesentliche Kern der Petersschen Schicksalsfrage für alle Zeiten erledigt. Und viele Deutsche, auch in Preußen, würden ihm dies von Herzen danken.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 27. Januar 1927

Eisenach.

Am 22. ds. Mts. sprach Justizrat Dr. Appellus in Geissa im Wahlkreis Eisenach. Nach seinen Ausführungen erklärt Landtagsabgeordneter Dr. Riel folgendes:

Da ein Zentrumskandidat nicht aufgestellt sei, habe er keine Veranlassung, auf die politischen Streitfragen hier einzugehen. Dagegen habe er den Auftrag, folgende Erklärung abzugeben: Das Zentrum könne bei der gegenwärtigen politischen Lage nicht für einen Kandidaten der nationalliberalen Partei eintreten. Es sei das zu bedauern, weil gerade der jetzige Kandidat dieser Partei in seiner Kandidaturfähigkeit hervorstechen könnte, daß er in Fragen konstitutioneller Gleichstellung in voller Gerechtigkeit und Objektivität seines Amtes gewaltet habe. Aber im gegenwärtigen Augenblick könne Partei und Partei nicht getrennt werden, und deshalb könne das Zentrum nicht für Herrn Dr. Appellus eintreten. Bei der bekannten Objektivität des Genannten dürfe man wohl erwarten, daß er trotz dieser Stellungnahme des Zentrums seinen Standpunkt gegenüber seinen kaisertreuen Wählern nicht ändern werde.

Darauf entgegnete Dr. Appellus:

Ich verstehe durchaus den Standpunkt, den das Zentrum bei dieser Wahl einnimmt. Ich bin deshalb von der Erklärung, die Herr Dr. Riel abgegeben, nicht überrascht. Ich danke ihm aber für die freundschafliche Form, in welche er die Abgabe gestellt hat und danke ihm für die anerkennenden Worte über meine Person. Darin, daß die jetzige Haltung des Zentrums meine Objektivität in keiner Weise beeinträchtigen werde, würde er sich nicht irren."

Buntes Feuilleton.

— **Als Paris unter Wasser.** Ein fesselnder historischer Rückblick, der im Gallois veröffentlicht wird, zeigt an interessanten Beispielen, daß die neue Ueberschwemmungskatastrophe in Paris im vergangenen Jahrhundert ihre zahlreichen Vorläufer hatte und daß die Seine keineswegs jener friedliche Fluß ist, als den sie der Fremde kennen lernt, der an einem sonnigen Frühlingmorgen die Quais entlang schlendert. Vor mehr als vier Jahrhunderten wurden zahllose Menschenleben ein Opfer des Flusses. Am 7. Januar 1489 trat die Seine über ihre Ufer und ihre Wasser drangen vor bis zum Place Vendôme und Marais. Bis zum 12. stieg die Ueberschwemmung immer mehr; die geängstigten Bürger trugen damals in feierlicher Prozession den Reliquienreichtum der heiligen Genoveva zum Flußufer, um den Zorn des Elementes zu besänftigen. Dort bedroht war die Notre-Dame-Brücke. Ein Jahr später kam eine neue Ueberschwemmung und diesmal wurde die Brücke von den Wassern schwer erschüttert. Aber die Schiffe, die die Brücke unterjochen lassen, verließen keinerlei Wiederherstellungsarbeiten: als am 25. Oktober 1494 unter einem furiosen Sturm plötzlich wieder Hochwasser eintritt, wird die Brücke von den Fluten völlig zerstört und mit ihr sinken die 65 Häuser, die sie bekrönten, in die Fluten der Seine. 500 Menschen wurden dabei verschüttet und starben in den Wellen. Die Empörung im Volk, im Parlamente und am Hofe war so groß, daß man den Verleiber der Kaufmannschaft und alle Schöffen des verflorenen Jahres, den Staatsanwalt, den Amtsschreiber und zwei Steuereinzahler auf der Stelle verhaftete. Der Verleiber der Kaufmannschaft und die Schöffen des Jahres, in dem die nötigen Reparaturen verabsäumt worden waren, wurden zu hohen Geldstrafen und zur Erfüllung aller Schöffenpflichten für alle Betroffenen verurteilt. Sie befohlen nicht genug, um das zu bezahlen, und schmochten dafür bis an ihre Lebensende

In Eisenach sprach dieser Tage unter großem Andrang der Wählerschaft und stürmischem Beifall der Abgeordnete D. Raumann für die Kandidatur des gemeinsamen liberalen Kandidaten, des nationalliberalen Justizrats Appellus. Er begründete dieses sein Eintreten für einen Nationalliberalen wie folgt:

„Wenn ich als Freisinniger hierbei gekommen bin, um die Kandidatur des Herrn Justizrats Appellus zu unterstützen, so tue ich das in Erinnerung an gemeinsame Arbeit von Freisinnigen und Nationalliberalen gegen die Finanzreform. Daß meine Parteifreunde die Kandidatur Krug abgelehnt haben, war berechtigt. Es gibt auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen eine Gruppe, die zur Wirtschaftspolitik des Bundes der Landwirte neigt. Es gehören hierher der Vertreter von Jena, Herr Lehmann, und dann die Herren Hehl und Lriola. Diese Herren haben aber von dem linken Flügel der Nationalliberalen auch eine Antwort auf ihr Verhalten bekommen: sie wurden abgestoßen. Daß die Nationalliberalen dieses Opfer gebracht haben, verdient volle Anerkennung. Die Nationalliberalen haben ferner und Freisinnige gegen die Reichsfinanzreform kräftig unterstützt. Es sollte darnach jetzt hier in Eisenach jede freisinnige Stimme für Herrn Appellus abgegeben werden. Damit wird auch gezeigt, daß der bürgerliche Liberalismus, wenn er zusammenfällt, noch etwas bedeutet.“

Dieses Zusammengehen in Eisenach führte den Redner dann zur Einigung der Linksliberalen, die so gut wie perfekt ist. Anfang März werden wir einen gemeinsamen Parteitag haben. Ein großer Wunsch jedes Liberalen, der vorwärts will, ist damit erfüllt. Das Fraktionsgegend ist nun aufgehoben. Statt dreier Fraktionen wird es eine Fraktion geben, die den Nationalliberalen an Stärke gleich sein wird. Schritt für Schritt wird nun vorwärts gegangen werden müssen, damit der Liberalismus wieder die Bedeutung erreicht, die er vor 1878 hatte. Praktisch ist jetzt dazu das eine zu tun: Verständigung über die Wahlkreise. Daß solche Verständigung möglich ist, dafür ist gerade der Eisenacher Wahlkreis 1907 ein Schulbeispiel gewesen und ist es noch jetzt.“

Zum Schluß forderte Raumann die Freisinnigen des Wahlkreises auf, für Dr. Appellus zu stimmen, damit dieser in die Stichwahl komme.

Deutschlands Küftung

für einen Zollkrieg.

In den Vereinigten Staaten gab man sich zwar bisher ziemlich allgemein den Anschein, als könne es Handel und Industrie fast lassen, ob mit Deutschland eine Verständigung über die künftige Gestaltung der gegenseitigen Zollbehandlung erzielt werde oder nicht. In jüngster Zeit wird aber auch dort von den angesehensten Vätern zum Frieden gelaufen, weil auch die Vereinigten Staaten durch einen Zollkrieg schweren Schaden erleiden würden. Es wird daher vielleicht kurz vor dem Ablauf des geltenden Prätoriums doch noch eine neue Vereinbarung getroffen werden, die unserer Einfuhr in die Vereinigten Staaten wenigstens den Schutz des Minimaltarifs sichert, ohne daß wir den amerikanischen Forderungen weiter entgegenkommen, als es sich mit unserer Würde verträgt. Immerhin erscheint es doch angebracht, einmal darauf hinzuweisen, wie beide Staaten für einen Zollkrieg gerüstet sind.

Den Vereinigten Staaten würde zunächst kein anderes Mittel zu Gebote stehen, als den Maximaltarif auf die deutsche Einfuhr anzuwenden, der alle Staaten treffen soll, welche Nordamerikas Einfuhr ungebührlich schlechter stellen. Und diese Möglichkeit würde sogar erst vom 1. April d. Js. an gegeben sein, während Deutschland bereits am 8. Februar mit Kriegsmassregeln vorgehen konnte. In Deutschland dagegen bedarf es nur einer mit Zustimmung des Bundesrats zu erlassenden kaiserlichen Verordnung, um weit schärfere Maßregeln zur Anwendung zu bringen. Zollpflichtige Waren, die aus Ländern kommen, welche deutsche Waren ungünstiger behandeln als diejenigen anderer Länder, können durch eine solche neben dem tarifmäßigen Zoll eine Zollzuschlag bis zum doppelten Betrage dieses Satzes oder bis zur Höhe des vollen Wertes unterworfen werden, während tarifmäßig zollfreie Waren unter der gleichen Voraussetzung mit einem Zolle in Höhe bis zur Hälfte des Wertes belegt werden können. Auch können ausländische Waren denselben Zöllen und Zollabfertigungsvorschriften unterworfen werden, die im Ursprungsland auf deutsche Waren Anwendung finden.

Die so getroffenen Anordnungen sind dem Reichstoge sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem Zu-

kommenreten vorzulegen, und außer Straß zu setzen, wenn der Reichstag nicht zustimmt.

Offentlich bleiben diese Erörterungen akademischer Natur.

Badische Politik.

— Freiburg i. Br., 26. Jan. Heute abend fand im Feiertagsloale eine von drei liberalen Vereinen (Liberaler Verein, Jungliberaler Verein und Liberaler Volksverein) einberufene, ziemlich gut besuchte Parteiverammlung statt, in der eingehende Aussprache über die im Landtage zur Verhandlung gelangten und nach zur Verhandlung kommenden Gegenstände gepflogen wurde. Zunächst behandelte Herr Landtagsabgeordneter Köhling die Finanzdebatte. Einer größeren Würdigung unterzog Redner dabei die Ausführungen des nationalliberalen Fraktionsführers, Herrn Landtagsabgeordneten Reichmanns, die in Mannheim, mit denen man von nationalliberaler Seite aus vollkommen einverstanden sein konnte. Die Versammlung beschäftigte sich in der sehr lebhaften Aussprache besonders mit der Regierungsvorlage über das Gemeindebestraffungsgesetz und mit den Schiffahrtsabgaben. Der Vorsitzende des Demokratischen Vereins brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß vom Referenten die Arbeiten der demokratischen Abgeordneten im Landtage in so wohlwollender Weise anerkannt worden seien; weiter sprach dieser Redner die Hoffnung aus, daß in Zukunft die Nationalliberalen, Linksliberalen und Sozialdemokraten gleich von vornherein zusammengehen werden. Auch das Kilometergesetz wurde in die Debatte gezogen; sehr bemerkenswert waren dabei die Worte des Abgeordneten Köhling, der auf die Folgen der Wiedereinführung dieses Gesetzes für beliebigen Verkehrsmittel hinwies. Gegen 12 Uhr wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Kaiser geschlossen.

Bayerische und Pfälzische Politik.

Pfälzische Angelegenheiten im bayerischen Landtag.

s. München, 26. Jan. (Von unj. Corr.) Für Erbauung eines Steges über den Luisenpark in Ludwigsbafen hat gestern die Bayerische Abgeordnetenkommission 35.000 M. genehmigt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 70.000 M., wovon die andere Hälfte laut Gemeindebeschlusse vom 14. Mai 1909 die Stadt Ludwigsbafen übernimmt. Zum Fiskus war auszuführen: Der Personenverkehr über das Hofenfeld von Ludwigsbafen hat sich in neuester Zeit derart entwickelt, daß er durch die vorhandenen drei Drehbrücken nicht mehr zur Aufrechterhaltung bewältigt werden kann. Gleichseitig hat sich der Schiffsverkehr so gesteigert, daß die Drehbrücken sehr häufig geöffnet werden, und die Leute auf die Wiederherstellung des Straßenverkehrs warten müssen. Insbesondere ist dies bei der mittleren Drehbrücke der Fall, die die Hauptverbindung von der Wittelsbacherstraße zum Stadtport bildet. Der durchschnittliche Tagesverkehr ist hier auf 1335 Personen ermittelt. Es ist daher die Erbauung eines Steges neben der mittleren Drehbrücke in Aussicht genommen. Der Steg erhält Widerlager und Pfeiler von Beton und 8 Öffnungen mit 78 Meter Gesamtlänge, die mit eisernen Ueberbauten (Radwerk) überdeckt werden. Die äußere Breite wird 3 Meter. Die Unterseite des Eisenwerkes muß 9,1 Meter über dem höchsten Schiffbrückenpfeilerstand liegen. An beiden Enden sind Treppenaufgänge mit Bodenplatten vorzusehen. — Vom Distriktsrat Ludwigsbafen lag ferner dem Landtag zum Gut der Straßen-, Brücken- und Wasserbauten eine Petition auf Uebernahme der Distriktsstraße Ludwigsbafen-Mutterstadt auf den Staat vor. In der Begründung der Petition ist darauf hingewiesen, daß die Streidung der Straße aus der Liste der Staatsstraßen nicht erfolgt wäre, wenn damals schon der enorme Verkehr sich auf der Straße entwickelt hätte wie heute. — Abg. Körner (Soz.) wies auf die Ueberlastung der Straße auch durch das Postbeförderungsgesetz hin und betonte die große Inanspruchnahme des Distrikts Ludwigsbafen mit anderen Aufgaben, u. a. auch die neue Distriktsstraße nach Mandelheim. — Auch Abg. Buch (Soz.) befürwortete lebhaft die Petition. — Staatsminister v. Bretschick gab zu, daß die Straße einen ungeheuer starken Verkehr hat, allein der Landtag habe sich den Standpunkt gestellt, daß das Staatsstraßengesetz als abschließend zu gelten hat. Ob dieser Standpunkt allerdings beizubehalten sein wird, ist eine Frage, die vielleicht zu prüfen sein wird, wenn das neue Straßengesetz vorliegt. Für heute müsse der Staat die Frage verneinen. Würde sie bejaht, so würden daraus weitere Konsequenzen entstehen. Auch in der Nähe anderer großer Städte gäbe es eine Anzahl von Verkehr nicht minder belasteter Distriktsstraßen. Im Ubrigen sei der Bezirk Ludwigsbafen in der Ausstattung mit Staatsstraßen gar nicht so ungünstig

Ein Abschnitt aus der Jugendgeschichte des altgriechischen Königs Theseus wird hier behandelt. Dieser fuhr nach Aetha mit den 7 Jünglingen und 7 Jungfrauen, die als Tribut für den Minotaurus bestimmt waren und die er nach einer Jagung der Sowg Minos in höchstgelegener Verion aus Athen abholte. Auf hoher See machte Minos den jungen Aethenischen Königssohn wegen seines Eintretens für eines der ihm anvertrauten Athenermädchen, das dem Sohne des Helios allen gut gefiel, ärgern und begewilligte dessen Abweisung von dem Meerestote Poseidon. Er verlangte von Theseus, daß dieser zum Beichte seiner elden Abhängung den goldenen Ring, den er jetzt vom Finger streife und in das Meer werfe, wieder heraufhole. Und dies wagte Theseus auch mit Poseidons Hilfe glücklich aus, so kann mit Hilfe gefälliger Delphine auch noch einen Abtcher in den Palaß des Meeresherrn machen. Das Gedicht, das voll feiner psychologischer Blicke ist, schließt mit dem heiligen Danklied der jungen Athenerinnen, bei dem man, wie im Verlauf der ganzen Erzählung, an den „Lauder“, an die Jubilarie bei dessen glücklicher Wiedkehr denkt.

— Die Schreibmaschine im Eisenbahnzug. Vom 1. Februar an werden auf den Schnellzügen, die frühmorgens zwischen Birmingham und London verkehren, Stenographinnen und Schreibmaschinistinnen im eigenen Bureau eine roge Tätigkeit entfalten. Das Bedürfnis und das Verlangen nach einer solchen fahrenden Schreibmaschine scheint wirklich sehr groß gewesen zu sein: die Großhaute, die die frühmorgenszüge benutzen, um sich in die Londoner City zu begeben, haben immer eine große Nachfrage zu erleben, und mußten bisher die Briefe, die sie in Birmingham mit der ersten Post erhalten hatten, bis zur Ankunft in London, also länger als zwei Stunden, in der Tasche behalten. Jetzt bietet ihnen die Eisenbahngesellschaft Mittel und Gelegenheit, die Eisenbahnfahrt nicht nur auszunutzen und den fahrenden Stenographinnen und Maschinistinnen im eigenen Bureau eine roge Tätigkeit entfalten. Das Bedürfnis und das Verlangen nach einer solchen fahrenden Schreibmaschine scheint wirklich sehr groß gewesen zu sein: die Großhaute, die die frühmorgenszüge benutzen, um sich in die Londoner City zu begeben, haben immer eine große Nachfrage zu erleben, und mußten bisher die Briefe, die sie in Birmingham mit der ersten Post erhalten hatten, bis zur Ankunft in London, also länger als zwei Stunden, in der Tasche behalten. Jetzt bietet ihnen die Eisenbahngesellschaft Mittel und Gelegenheit, die Eisenbahnfahrt nicht nur auszunutzen und den fahrenden Stenographinnen und Maschinistinnen im eigenen Bureau eine roge Tätigkeit entfalten. Das Bedürfnis und das Verlangen nach einer solchen fahrenden Schreibmaschine scheint wirklich sehr groß gewesen zu sein: die Großhaute, die die frühmorgenszüge benutzen, um sich in die Londoner City zu begeben, haben immer eine große Nachfrage zu erleben, und mußten bisher die Briefe, die sie in Birmingham mit der ersten Post erhalten hatten, bis zur Ankunft in London, also länger als zwei Stunden, in der Tasche behalten. Jetzt bietet ihnen die Eisenbahngesellschaft Mittel und Gelegenheit, die Eisenbahnfahrt nicht nur auszunutzen und den fahrenden Stenographinnen und Maschinistinnen im eigenen Bureau eine roge Tätigkeit entfalten.

— Ein altgriechisches Gegenbild zu Schillers „Lauder“. Die Lauderklage, die Schiller in seiner berühmten Ballade dichterisch verweret hat, ließ sich bisher bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen. Sie tritt uns aber, wie schon oben, jetzt in der „Jugendgeschichte“ des fünften vorchristlichen Jahrhunderts entgegen. Es ist ein Lied des Volkstums, das aus einem ägyptischen Goethe zu neuem Leben emporging, daß Schwiegerknecht des Sinesiden

beran. — Die Petition wurde schließlich der Regierung zur Kenntnisnahme hinübergegeben.

Der Militäretat vor dem Reichstage.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

□ Berlin, 26. Jan.

Wie alljährlich beim Militär-Etat so erhält auch jetzt wieder als Erster der Zentrums-Abgeordnete Gähler das Wort, der seine militärischen Kenntnisse, die er in seiner Militärkarriere bis zum Generalmajor erlangt hat, in Reformvorschlagen umzusetzen sucht. Die Journalisten fanden die früheren Reden dieses Militärreformers aus und finden nichts Neues, und alsbald sitzen die Leute von der Presse wieder in ihren Arbeitszimmern oder im Restaurant und vertreiben sich mit einer Zigarre die Zeit, die sie auf solche Weise besser zu nützen glauben. Inzwischen redet der frühere Generalmajor von den hohen Kriegskosten, die uns in Friedenszeiten aufgebürdet werden, von der Ueberschuldung der Offiziere, namentlich bei der Kavallerie, von der Soldatenlosigkeit in den Mannschaften, von den Mißständen auf der Kieler Werft, von der Schwere der Lasten der Intendanturen und Verwaltungsämter und schließlich auch noch von dem Duell in Halberstadt, wo sich zwei Offiziere unter militärischer Bedeckung geschossen haben. Sicher war viel Nichtiges in den Ausführungen Gählers, aber es berührte doch selten, als er dem Kriegsminister zum Schluß versicherte, daß er das volle Vertrauen der Zentrums habe und daß diese Partei alle Forderungen bewilligen werde, die zur Aufrechterhaltung der Schlagfertigkeit des Heeres notwendig sind. Warum also die vielen Worte? Viel Aufwand Nüchtern ward vertan!

Von den Verdiensten des früheren Kriegsministers, Herrn von Cramm, besonders von seiner energischen Bekämpfung der Soldatenmishandlung, sprach in lobenden Worten der beständige Parteiführer der Nationalliberalen, Abg. D. O. Jann. Er betonte mit großem Nachdruck die Notwendigkeit, auch im Militäretat die große Sparmaßnahme walten zu lassen und über berechnete Kritik an der Tatsache, daß trotz des Versprechens des früheren Reichstanzlers und trotz der einmütigen Wünsche des Reichstages noch immer nichts in dieser Richtung geschehen ist. Noch immer ist die gleiche Verschwendung der Mittel, noch immer sind die überflüssigen Kommandanturen, wie z. B. die in Bologna, und noch immer die ganz unzureichenden Gehaltsverhältnisse! Der Redner betont, daß Sparmaßnahme gelte werden könne, ohne daß deshalb die technische Vervollkommenheit unseres Heeres vernachlässigt wird. Diese will die nationalliberale Partei immer auf der Höhe erhalten wissen, und deshalb läßt sie auch keine Forderung auf die Militärverwaltung aus, bezüglich der Herabsetzung der Dienstzeit bei der Kavallerie. Bei aller Anerkennung für den Adel verlangt der Redner, daß mit der Einführung in verschiedenen Regimentern gebrochen wird, daß nicht nur der Adel in diesen bevorzugt wird, so daß viele Bürgerliche abgehalten werden, sich der militärischen Karriere zuzuwenden. Notwendig ist die Reform des Militärstrafgesetzbuches, besonders in seinen Aufrührerparagrafen und hinsichtlich der Beschränkung der Leibesstrafe des Versahrens. Einen breiten Raum in seinen Ausführungen läßt der nationalliberale Parteiführer der Besprechung der Soldatenmishandlungen, wobei er das Bedauern äußert, daß die preussische Disziplin solche Mißhandlungen fördere, mit dem Hinweis auf Bayern abtut, wo sich diese bedauerlichen Erscheinungen in letzter Zeit besonders gehäuft haben. Zum Schluß kommt der Redner auf die Frage der Abklärung zu sprechen, und erklärt als den Standpunkt seiner Partei, daß diese die Fortsetzung der Rüstungen im Rahmen der Gehaltsmöglichkeit, aber ohne jede Verpositivität und Unruhe wünscht im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens in Deutschland und Europa.

Die Vorwürfe gegen Bayern, die der Vorredner erhoben hat, weist der bayerische Militärberednerschaft v. Gehlert mit Entschiedenheit zurück und erklärt, daß Bayern nach der Statistik der Soldatenmishandlungen am günstigsten dasteht. Als er hierfür den Abg. v. Volkmar zum Zeugen aufruft, entseht er im Hause große Heiterkeit. Ein Sozialdemokrat als Kronzeuge der bayerischen Heeresverwaltung, das ist eben ein echt süddeutscher Tag!

Eine zweistündige Rede zum Fenster hinaus hält hierauf der sächsische Abgeordnete S. A. L. (Sog.), der zudem im Glimmer spricht, um möglichst den ganzen aufgeschickerten Hof gegen den Militarismus loszuwerden. Dabei unterzieht er die Stellung des Kriegsministers einer abweisenden Kritik, den er den Sigurdstaur des Militärkabinetts nennt. Er spricht von der „Säbel-wölfelei“ der Reden des Generalmajors von Deimling und des Generals Keim und bringt es fertig, die Brandrede Wolfours als eine Folgeerscheinung der Heuserungen zu bezeichnen. Auch die Verwendung von Militär bei Strafen wie feinerzeit in Pommern-Mecklenburg muß zur Bereicherung des militärischen Systems herhalten. Dann aber entdekt Herr S. A. L. doch sein Herz für die Soldaten, deren Forderung er erhöht wissen will. Seiner gewöhnlichen Forderung — andere Redner haben sie schon längst erhoben — gibt er aber die sonderbare Begründung, daß Zigarren und Bier verteuert worden seien, als ob die Forderung dafür sei, daß sie der Soldat vertritt oder verwalte. Dann kommen die alten Klagen über Soldatenmishandlungen, über militärische Klassenjustiz, über die Kriegervereine, kurz all die alten Kamellen, die die Sozialdemokratie bei jedem Militäretat zum Vorschein gibt.

Gegenüber dieser Rede bedeutete das Auftreten des Kriegsministers v. Deeringens eine wahre Erholung, die nach sechsstündiger Sitzung recht angenehm empfunden wird. Zwar sind seine Ausführungen durchaus nicht in allem einwandfrei, aber die frische und energische Art, dabei doch auch stets kongeniale Form dieser Rede, stehen wohlwollend gegen die Salbadereien des Vorredners ab. Der Kriegsminister verspricht, Vereinfachungen und Ersparnisse in der Heeresverwaltung einzuführen zu lassen, die Vorarbeiten sind auch bereits getan, auf der anderen Seite ist aber auch zu bedenken, daß es sich hier um langangelegte, bewährte Einrichtungen handelt, die sich nicht ohne weiteres beseitigen lassen. Auch hofft der Kriegsminister, daß die Aufbesserung der Mannschafslöhne in nicht allzu fernem Zeit erreicht werden kann. Er geht dann auf die Einzelwünsche der Vorredner ein, die eine Vereinfachung der Heeresverwaltung zum Ziele haben. Erfreulich ist die energische Art, mit der der Minister den Klassenkampf hat festgestellt; dagegen ruft er nur Sachen hervor, als er behauptete, daß im Heere keine Bevorzugung des Adels stattfindet. Selbst der Kronprinz lacht bei diesen Worten. Die Absperrungen beim Besuche des russischen Kaisers sind, wie der Minister ausführte, nicht erfolgt, weil der „hohe Herr“ Angst hatte,

sondern weil die Regierung verpflichtet war, den Jaren vor „Verkäufungen“ zu schützen. Zum Fall Weiß bemerkt der Redner, daß er es nicht billige, wenn die Sache mit dem Standgericht abgetan würde, sie hätte bis in die letzten Instanzen verfolgt werden müssen, um auch den leiblichen Schein militärischer Ungerechtigkeit zu vermeiden. Der Minister geht dann auf das Verhältnis des Kriegsministeriums zum Militärkabinetts ein und protestiert gegen die unwürdige Rolle, welche die Sozialdemokratie in diesem Verhältnis dem Kriegsminister zuzurechnen wolle. In den beiden kritischen Reden der Generale Keim und Deimling bemerkt er, daß die deutschen Offiziere keine Kriegsgelbe und auch keine Politik treiben; sie seien Soldaten und würden stets auch nur Soldaten bleiben. Recht am fertigt der Minister den Abg. Veitel ab, der die Schwelgerei als Ursache für unter Heer hingehalten habe und schließlich, indem er auf die Notwendigkeit einer starken und schlagfertigen Armee zur Aufrechterhaltung unserer politischen Machtstellung hinweist. Der eindrucksvolle Rede folgte lebhafter Beifall bei den nationalen Parteien.

Um 1/8 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag. Morgen fällt die Sitzung wegen des Kaiser-Geburtstages aus.

Rede des Landtagsabgeordneten Oberamtsrichter Dr. Koch zum Justizetat in der zweiten badien Kammer.

Abg. Dr. Koch (noll.): Meine Fraktion wird dem Justizbudget ebenfalls zustimmen. Auch ich will im Interesse der Kürze der Debatte auf die verschiedenen Justizvorlagen, die den Reichstag beschäftigen, und auf die verschiedenen allgemeinen Fragen, welche die Herren Vorredner angeschnitten haben, nicht näher eingehen, sondern mich auf folgende Bemerkungen beschränken.

Der Herr Abg. Benedek hat einige Klagen der Justizaktuelle mitgeteilt und näher ausgeführt, ich will dabei nicht näher darauf eingehen und mich auf die Erklärung beschränken, daß ich seine Anschauungen in dieser Frage durchaus teile und diese Beschwerden und Klagen für berechtigt halte.

Es ist in der Budgetkommission angeregt worden, ob man nicht auch bei den Landgerichten Assessoren als Hilfsrichter zuziehen solle. Ich möchte mich, es ist das gestern auch schon geschehen, mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, denn ich halte es mit der Unabhängigkeit des Richters für vollständig unvereinbar. Ein Assessor, der in einer Zivilkammer mit einem Direktor und einem Rat zusammen arbeiten muß, und dessen weiteres Fortkommen von dem Zeugnis des Direktors abhängt, der ist kein unabhängiger Richter, wie ihn das Gesetz verlangt und wie ihn das Volk verlangen kann. Eine ähnliche Lage ergibt sich übrigens auch daraus, daß wir uns in den letzten Jahren bei den größeren Gerichten, wenn eine Geschäftsvermehrung eintrat, aus Ersparnisrücksichten daran gewöhnt haben, nicht sofort die nötigen Richterstellen zu bewilligen, sondern erst Hilfsrichterstellen einzurichten, und diese jahrelang durch Assessoren verwaltet zu lassen. Auch das halte ich mit dem Grundgedanken richterlicher Unabhängigkeit nicht für vollständig vereinbar.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich bemerken, daß es vorgebracht ist, daß für die Assessoren, die eine solche Dienstverweisung bei einem Amtsgericht gehabt haben, von dem Dienstherrn ein Dienstzeugnis ausgestellt wird, und zwar sofort nach dem Austritt. Ich halte dies für eine sehr ungewöhnliche Maßregel, denn der Vorhand ist bei den größeren Gerichten nicht in der Lage, die Tätigkeit des Assessors irgendwie beurteilen zu können. In einer Beurteilung ist meines Erachtens nur der Richter in der Lage, den der Assessor vertreten hat, und dieser erst dann, wenn er vielleicht vier oder sechs Wochen lang keine Geschäfte wieder führt, und wenn er gesehen hat, was der Assessor gearbeitet hat. Erst dann wird er in der Lage sein, ein tatsächlich unparteiisches und gerechtes Urteil über die Leistungen des Assessors abgeben zu können.

Es ist auch viel darüber zeklagt worden, daß sich beim Ministerium eine gewisse Engstirnigkeit zeigt, wenn Assessoren beispielsweise sich bei einem Rechtsanwalt als Vertreter beschäftigen lassen wollen. Die Regierung hätte allen Anlaß, ein solches Streben möglichst zu befördern, denn ich glaube, daß die Beschäftigung als Anwalt eine vorzügliche Vorbereitung zum Richteramt ist. Hier bekommt der Assessor den Prozeßstoff in der rohesten Form, er muß ihn selbst juristisch erst zurecht hauen, außerdem hat er fortwährend unmittelbar mit dem Publikum zu verkehren, und zwar ohne daß ihm die Autorität, die er beim Gericht hat, zur Seite steht. Dabei wird er sehr viel lernen können. Eine solche Beschäftigung ist viel besser, als wenn die Assessoren bei den Gerichten als Sekretäre herumstehen. Ich meine sie sollten sich auch sonst möglich umhin, und es wäre wünschenswert, wenn sie vielleicht in Banken, in großen Fabriken usw. gehen würden. Diese Beschäftigung im praktischen Leben würde sehr nützlich für die Ausbildung der Assessoren sein, und das würde auch ein Mittel sein, um den oft gehörten Vorwurf der Weltfremdheit zu entkräften und ihm keine Veranschuligung völlig zu nehmen. Banken, Fabriken usw. könnten sich ein wirkliches Verdienst um unser Rechtsleben erwerben, wenn sie sich bereit erklären würden, Assessoren auf kurze oder längere Zeit bei sich zu beschäftigen.

Die Lage der Assessoren ist so heute außerordentlich schlecht, sie werden meistens 26 Jahre alt, bis sie diese Bühne erklimmen haben, sie müssen dann noch ein bis zwei Jahre voluntieren, und so wird der Assessor 34 bis 36 Jahre alt, bis er etatmäßig angestellt wird. Hier möchte ich noch etwas anführen, wir haben eine Menge Reichsämter in Berlin, und das wäre es sehr interessant zu hören, wieviel Bedener in diesen verschiedenen Reichsämtern angestellt sind, sowohl unter den höheren wie unter den mittleren Beamten; die unteren würden so der Anzahl nach kaum in Betracht kommen. Ich glaube nicht, daß abgesehen vom Kolonialamt, das eine irgendwie wesentliche Zahl ist, und ich glaube, daß sich unsere Gesandtschaft in Berlin ein sehr großes Verdienst erwerben könnte, wenn sie da eingreifen und rechtzeitig hierher Nachrichten geben würde, wenn dort Stellen frei werden, und wenn sie die Gelegenheit benützte, für unsere Beamten da einzutreten.

Die Tätigkeit der Assessoren ist, wenn sie nicht als Dienstverweiser verwendet werden, keine selbständige, es sind mir auch Klagen gekommen, daß in manchen Fällen die Vorgesetzten die Assessoren zu sehr als junge, der Ausbildung bedürftige Beamte behandeln und nicht daran denken, daß sie selbst in dem-

selben Alter bei besseren Verhältnissen schon lange etatmäßige Richter waren.

Eine gewisse Schuld an der Ueberfüllung der juristischen Laufbahn dürfte aber auch die Regierung insofern treffen, indem sie, als vor etwa zehn Jahren der übermäßige Andrang zum juristischen Studium plötzlich einsetzte, nicht sofort mit aller Energie und allem Nachdruck dagegen gewarnt hat, weiterhin dieses Studium zu ergreifen. Was aber noch dazu beiträgt, um die schlechte Lage der Assessoren zu verschärfen, das ist das Verfahren der Regierung, das der Herr Abg. Benedek schon angeführt hat, daß nämlich die Assessoren mit der Note „gut“ nicht nur die Assessoren ohne die Note „gut“ aus dem Jahre vorher, sondern zwei bis drei Jahre überspringen. Daß sie ein Jahr überspringen, darüber läßt sich ja streiten, man hat sich eben daran gewöhnt. Ich halte aber die Praxis, zwei oder drei Jahre überspringen zu lassen, für durchaus unangebracht. Das Examen hängt immer mehr oder weniger vom Zufall ab. Und dann ist doch eines zu berücksichtigen: es ist jetzt immer mehr üblich geworden, daß die Kandidaten auf das zweite Examen sich vorbereiten lassen, daß sie bei Richtern Vorbereitungskurse nehmen. Das ist eine sehr nützliche und zweckmäßige Einrichtung, die Herren lernen eine ganze Menge dabei. Aber es ist auch zu berücksichtigen, daß diese Vorbereitungskurse eine recht kostspielige Sache sind, und daß nur Wohlhabende sie sich leisten können. Daher haben die Kandidaten aus den wohlhabenden Kreisen einen ganz erheblichen Vorsprung vor denjenigen, die nicht dazu in der Lage sind. Ich halte, wir haben ein großes Interesse daran, daß die Richter-Karriere kein Privilegium der bestehenden Klasse wird, sondern daß wir als Richter Leute aus allen Schichten des Volkes stammend finden. (Sehr richtig.)

So viel ich gehört habe, wird beim Notariat sogar Übersprungen von Assessoren, die nicht die Note „gut“ haben, hier ist der Mißstand noch erheblicher.

Es sind mir auch Klagen zugegangen über die Behandlung, die den Assessoren durch das Ministerium widerfahren soll. Man klagt darüber, daß das Ministerium gegen Assessoren recht scharf verfähre und daß da gewissermaßen der Grundab maßgebend sei; wir brauchen ja auch nicht, wir haben genug; wenn es einem nicht paßt, kann er ja gehen. Jedemfalls herrscht bei den Assessoren eine recht gedrückte, ängstliche, unglückliche Stimmung, und ich glaube nicht, daß das die richtige Stimmung ist für Leute, die nachher in ein bis zwei Jahren als unabhängige Richter Recht sprechen sollen.

Was die Frage der Vertretung der bezirksamtlichen Sachen durch die Amtsanwälte betrifft, so kann ich mich den Herren Vorrednern durchaus anschließen. Ich bin auch der Ansicht, daß man die Vertretung der bezirksamtlichen Sachen dem Bezirksamt selbst überlassen und die Staatsanwaltschaft nicht so abhängig machen soll, daß sie gewissermaßen gezwungen ist, gegen ihre eigene Ueberzeugung Verurteilung einzulegen, auch wenn sie sie für zwecklos und überflüssig hält.

Bei den Amtsgerichten könnte meines Erachtens im Wege der Justizverwaltung mit der Schreibarbeit etwas aufgeräumt werden und es könnten da erhebliche Vorteile für die Erledigung der Geschäfte und auch Ersparnisse erzielt werden. Ich bin zum Beispiel der Ansicht, daß man bei den großen Amtsgerichten sehr wohl zwei oder drei Zivilkammern zusammen einen Aktuar zur Verfügung stellen könnte, dem dann die Richter ihre Urteile diktiert. Der Aktuar könnte sie sofort auf der Schreibmaschine abschreiben und dreimal durchschlagen, so daß das eine Stück als Urchrift und die beiden anderen für die Parteien dienen würden. Das würde eine erhebliche Entlastung des Richters von der mechanischen Schreibarbeit bedeuten. Heutzutage ist der Richter leider oft nicht Richter, sondern in der Hauptsache Schreiber. Und dann wäre es ganz erheblich billiger für den Staat; denn ich habe die Ueberzeugung, daß der Richter mindestens 40 bis 50 Prozent Sachen mehr anschauen könnte, wenn er von der Schreibarbeit entlastet würde. Und schließlich wäre auch für das Publikum der sehr erhebliche Vorteil damit verbunden, daß die Ausfertigung der Urteile viel schneller den Anwälten und dem Publikum zugehen würde, als das heute der Fall ist. Es ist so eine Klage, die wir gerade bei den größeren Gerichten immer wieder hören, daß es so lange dauert, bis auf der Kanzlei die vom Richter geschriebenen Urteile, die auch manchmal nicht so ganz leicht zu lesen sind, abgeschrieben sind. Ich halte für zweckmäßig, wenn die Assessoren zur Ausbildung mehr dem Amtsgericht zugewiesen würden als den Sekretariaten der Landgerichte, wo sie nach meinen Erfahrungen erheblich weniger lernen, als wenn sie beim Amtsgericht tätig sind, zumal sie ja später doch zunächst als Amtsrichter wirken sollen.

Die Regierung hat ein erhebliches Interesse daran, daß die Amtsrichter möglichst lange als solche in ihren Stellungen bleiben. Die Ansichten der Amtsrichter, aufzustiegen, sind sehr gering; sie haben nur die paar Amtsgerichtssekretariatsstellen; dagegen sind die Ansichten derjenigen Herren, die zum Landgericht übergehen, erheblich besser. Ich halte daher den Wunsch, der mir zugegangen ist, für durchaus berechtigt, daß wenigstens diese paar Amtsgerichtssekretariatsstellen auch den Amtsrichtern vorbehalten bleiben und nicht durch Mitglieder von Landgerichten besetzt werden sollen.

Eine Einrichtung des Dienstes, über die früher auch schon häufig gesprochen worden ist, sind die Dienststrafungen, welche bei den Amtsgerichten alle paar Jahre durch Mitglieder des Landgerichts vorgenommen werden. Ich glaube, daß man mit dieser Einrichtung allmählich aufkommen könnte. Das Landgericht bekommt durch die Beschwerden, Verurteilungen usw. so oft die Akten des Amtsrichters in die Hände, daß es sich ein vollständiges Bild von dessen Arbeitsweise, Beschäftigung usw. bilden kann. Dann ist noch zu berücksichtigen, daß allerdings ein Dienstbescheid ergeht, der dem Amtsrichter zugeht, aber neben diesem auch noch ein geheimer Bericht an das Ministerium über den Richter, von dem dieser kein Wort erfährt; er ist also nicht in der Lage, wenn etwas Unangenehmes über ihn darin steht, sich dagegen zu verteidigen und dagegen Stellung zu nehmen. Es sollte bei den Dienstprüfungen auch darauf Rücksicht genommen werden, daß mit Takt verfahren wird, daß die Dienstprüfungen bei den Amtsrichtern nicht vorgenommen werden durch Räte, die gleichmäßig oder nur ganz wenig Jahre älter sind als der Amtsrichter.

Ein Umstand, der bei den Amtsrichtern schon lebhaften Anstoß erregt hat, ist das, daß der Ton der Landgerichte gegenüber den Amtsrichtern bis und da nicht gerade sehr kollegial ist. Es ist mir ein Fall bekannt, daß in einer öffentlichen Sitzung einer Zivilkammer der Vorsitzende ein amtgerichtliches Urteil vor den Anwälten und dem Publikum als lieberlich bezeichnet hat. Ich halte das für sehr ungeschick. Der betreffende Richter hat sich dann allerdings bei dem Herrn beschwert und der Herr hat revidiert. Dann hat derselbe Richter, als er in einer Strafkammer ein Protokoll von einem badien Amtsgericht verlas, daß einen formalen Fehler enthielt, gefolgt: Natürlich, so ein lieberliches Protokoll kann man nur von einem badien Amtsgericht bekommen, und ehe er ein weiteres Protokoll von einem anderen

habischen Richter verlas, meinte er weiter: Das wird auch gleich falsch sein. Nun ist dabei doch zu berücksichtigen, daß dies nicht nur die Räte sondern auch die Anwälte, der Angeklagte und die Zeugen hörten und auch die Zuhörer und darunter die recht zahlreich vertretenen Kriminalstudenten. Es sollten höhere Richter darauf bedacht sein, daß sie in dieser Beziehung nicht selbst der Autorität der Gerichte in dieser überflüssigen Weise nahe treten. Es wäre vielleicht hier und da zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß die Vorschriften der einzelnen Kammern bei den Landgerichten mit ihren Kommissaren zwar die höhere Instanz sind, daß sie aber nicht Vorgesetzte der Amtsgerichte sind, daß die Dienstaufsicht nicht durch sie ausgeübt wird. In allem, was mit der Unabhängigkeit der Richter zusammenhängt, sollte mit größter Vorsicht verfahren werden. Es ist mir ein Fall bekannt, daß der Präsident eines Landgerichts einen Richter, der in einer Strafkammer für eine Freisprechung gestimmt hat, wegen dieser Abstimmung zur Rede gestellt hat. Ich halte das für einen ganz unzulässigen Eingriff in die Unabhängigkeit des Richters. (Abg. Kapf: Sehr richtig!)

Ein ähnlicher Fall ist der: Es war bei einem Vormundschaftsgericht die Bestellung einer Pflegschaft für im Ausland wohnende Minderjährige beantragt. Der Richter hat die Sache geprüft, kam zu der Überzeugung, daß er nicht zuständig sei, und hat daher die Anordnung der Pflegschaft abgelehnt. Es wurde dann eine Dienstaufsichtsbeschwerde an das Landgericht erhoben, und der betreffende Landgerichtspräsident hat an den Amtsrichter geschrieben, er solle sofort berichten, ob er jetzt nicht bereit sei, diese Pflegschaft einzurichten, nach seiner Ansicht müsse sie eingerichtet werden, und er hat ihn dabei hingewiesen auf die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Zuständigkeit des Richters für Verlehen und auf die Vorschrift des Beamtengesetzes, betr. das Disziplinarverfahren. Es war eine direkte Drohung mit einem Disziplinarverfahren, wenn der Amtsrichter die Pflegschaft nicht einrichtete. Der Amtsrichter hat aber die Pflegschaft nicht eingerichtet, sondern hat sich beim Ministerium beschwert und er hat auch in der Sache recht bekommen. Das Ministerium hat sich in der Rechtsauffassung keine Ansicht angeschlossen und hat dem Landgerichtspräsidenten Unrecht gegeben. Der Landgerichtspräsident hat sich bezüglich dieses Eingriffes geäußert, er habe das nicht als einen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit gemeint. Ich halte das für ein sehr bequemes Verfahren, wenn man einem eine Lüge gibt, nachher zu sagen, ich habe das nicht als Körperverletzung gemeint. Das Ministerium hat aber dann gesagt, durch diese Erklärung habe es die weitere Beschwerde bezüglich des Eingriffes für erledigt. Ich glaube, das Ministerium hätte doch in diesem Falle Veranlassung nehmen sollen, dem Landgerichtspräsidenten zu bedenken, daß er wenigstens in Zukunft sich etwas genauer ausdrücken und nicht den Schein erwecken solle, daß er in die Unabhängigkeit eines Richters eingreifen wolle.

Ich möchte hier noch etwas anfügen, was ich vorhin verlesen habe bezüglich der Richter der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ich halte es für billig, wenn die Regierung die Haftpflichtversicherung der Richter gegen Verlehen in ihrem Amte übernehmen würde. Die Richter der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind in einer ganz anderen Weise der Haftpflicht für Verlehen ausgesetzt, wie die Richter und Strafrichter, und es sind meines Wissens schon verschiedene Fälle vorgekommen, wo Richter haftbar gemacht worden sind und eine Entschädigungssumme zahlen mußten. Nun ist die Sachlage so, daß der Richter der freiwilligen Gerichtsbarkeit sich keine Mitteilung nicht ansuchen darf, er bekommt sie zugewiesen, und daß er auch keinen Pfennig mehr Gehalt als der Richter der Strafrichter bekommt, der dieser Gefahr, haftbar gemacht zu werden viel weniger ausgesetzt ist. Soweit mir bekannt ist, hat eine Reihe von Richtern der freiwilligen Gerichtsbarkeit sich gegen Haftpflicht versichert. Es handelt sich da aber um ziemlich hohe Beiträge, einige hundert Mark im Jahre, und ich meine, es ist ein billiges Verlangen, daß die Regierung diese Versicherung übernehmen würde.

Der Herr Kollege Schmidt hat auch das Ausschreiben der Richter verlesen. Ich kann mich dem anschließen. Diesen Wunsch der Richter wäre mit Beifall zu bejahen.

Ich komme auf den erwähnten Fall mit dem Landgerichtspräsidenten zurück. Ich halte das Verfahren des Ministeriums in diesem Falle nicht für richtig und ich glaube, das Ministerium selbst hätte allen Anlaß gehabt, energischer vorzugehen. Es hätte dann ein solches dem Vorwurfe die Spitze abgebrochen, den ich schon ausserhalb hier, daß das Ministerium in und da die Regierung habe, den Charakter der Richter etwas zu sehr zu unterbreiten. Die Richter sind der Ansicht, daß ihre Unabhängigkeit besser gewahrt werden müsse, als das heute der Fall ist, und sie sind der Ansicht, daß das nur durch ein besonderes Richtergesetz geschehen könnte. Wir haben früher in Baden ein solches Gesetz gehabt, es ist im Jahre 1858 abgeändert worden. Ich halte keine Vorschläge für einen Fehler. Es sind zwischen den Richtern und den übrigen Beamten erhebliche Unterschiede: Die Richter unterliegen nicht der Gehaltsaufsicht, sie sind nicht an Anweisungen der Vorgesetzten in ihrer richterlichen Tätigkeit gebunden, im Gegenteil sie müssen lediglich nach ihrer eigenen Überzeugung im Gegenteil sie müssen nicht gegen ihren Willen verurteilt, sind pensionierbar nur unter gewissen Voraussetzungen, sie haben einen Rechtsanspruch auf ihren Posten und auf ein Vorrücken im Gehalte usw. Es ist also keine Übertragung über die anderen Beamten in diesem Verlangen der Richter, sondern es liegt darin die Betonung der Verschiedenheit ihres Berufs. Die Richter sind der Ansicht, daß es ein Lebensinteresse des Volkes ist, wenn die Justiz gut ist, aber sie glauben, daß eine gute Justiz nicht nur durch gute Gesetze verbürgt werden kann, sondern vor allem durch einen pflichtbewußten, auf seine Unabhängigkeit stolzen Richterstand, der nicht nach oben und nicht nach unten sieht, sondern lediglich sein Gewissen als seinen Richter ansieht. Sie glauben, wenn sie in dieser Richtung weiter streben wollen und an Verbesserung arbeiten, sollten sie auch der lebhaften Unterstützung der Regierung und des Landtages gewiß sein. (Weißall bei den Rationalisten.)

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 27. Januar 1910.

Kaisers Geburtstag.

Von prächtigem Wetter begünstigt fand heute vormittag halb 12 Uhr im Schloßhof die

Parade

statt. Wenn wir über die Verlegung der Parade vom Meßplatz zum Schloßhof etwas erwähnen möchten, so wollen wir das in günstigster Sinne tun. Wenn auch hierbei die Raumfrage mitspricht, so wird doch kleinere Einwand wieder durch den festlichen Eindruck weit gemocht. Den die Parade heute durch die Umgehung des Schlosses gemacht hat, das Gesamtbild war ein feierliches, schönes. Die beiden hiesigen Bataillone haben sich mit der Musik und den Spielmannen an der Spitze längs den Fronten des Schlosses im Schloßhof aufgestellt. Unter den Klängen des Prä-

sentiermarches wurde durch den Herrn Regimentskommandeur Wild v. Hohenborn, gefolgt von den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden, zahlreichen Reserveoffizieren verschiedener Waffengattungen und sonstigen Herren die Front der Truppen abgegriffen. Nach der Ansprache des Obersten, die mit brausem Durraus der Mannschaften endete, erfolgte der Paradezug in Hagen. Das glänzende militärische Schauspiel, das natürlich wieder eine kolossale Menschenmenge angezogen hatte, war um 12 Uhr beendet. Nachdem die Regimentsfähnen in die Wohnung des Herrn Regimentskommandeurs in A 1 verbracht worden waren, wurde unter klingendem Spiel der Marsch nach den Kasernen angetreten. Unter den mit dem Regimentskommandeur die Front der Truppen abführenden Herren befand sich auch St. Durchlaucht Prinz Viktor von Preußen in Uniform.

Das Festessen.

An der zweiten Nachmittagsstunde begann in der Wandelhalle des Hofgartens das Festessen, zu dem sich etwa 250 Herren eingefunden hatten. Keine bedeutende Persönlichkeit fehlte. Die Spitzen der Behörden waren vollständig vertreten. Das besonders zahlreich erschienenen alide und traktierte Offizierskorps brachte Farbe in das eintönige Schwarz des Zivilrodes. Die Wandelhalle hatte prächtigen Schmuck angelegt. Der Raum nimmt, wenn alle Besichtigungspunkte strahlen, ohnehin schon festlich. Noch weit intensiver aber ist dies der Fall, wenn er von dem frischen Grün des Laubwerks umflossen wird, aus dem sich die Kolossalhöhe des Raumes so wirkungsvoll abhebt, wenn auf den langen weissen Tafeln Götter aus dem Frühling hingezaubert hat. Herr Garteninspektor Lypel hatte, so wurde allgemein lobend anerkannt, die Dekoration der Tafeln ganz besonders sorgfältig zugewandt. Besonders gefielen die mächtigen Springentürme, die durch Jardiniere mit Ringelblumen, Tulpen und anderen Erblühen der Flora abgelöst wurden. Die Tafelmusik stellte die Grenadierkapelle, die unter Herrn Obermusikmeister Söllmers vortrefflicher Leistung ein ebenso vorzügliches Programm absolvierte und ebenso reichhaltige Anerkennung fand, wie die Leistungen der Hofkapelle.

Nach der Suppe teilte sich

Herr Oberst Wild von Hohenborn

zum Kaiserfest. Man hört nicht oft Zeitungsberichte, die so gedankreich, temperamental und lebendig sind, wie derjenige unseres Regimentskommandeurs. Die feierliche Tafelrunde lautete deshalb auch mit geschärfter Aufmerksamkeit, in die sich eine nicht geringe Debatte über die Kaiserfrage entwickelte, und stimmte zum Schluss so recht von Herzen in das Hoch auf den obersten Kriegsherrn ein. Unser deutsches Volk, so führte der Redner aus, ist am gemeinsamen nationalen Festtagen. Jahrestagung feierte man im vorigen Jahrhundert die Wälferschlacht bei Leipzig in Erinnerung an die Befreiung von der Fremdherrschaft und zugleich in Würdigung des dauernden engeren Zusammenhanges der deutschen Stämme. Tage wie der 18. Januar, der Geburtstag des Deutschen Reiches, rufen in unserer Gemütslage mit Recht anerkennend. Umso größer ist die Bedeutung dieses Kaiserfestes, denn er vereint die Deutschen des In- und Auslandes zu gemeinsamer Würdigung für den gelebten Träger der deutschen Kaiserkrone. Er bringt zugleich aber auch in dieser Würdigung den Reichsgedanken, das Gemeinwohlgedanke aller deutschen Stämme, die Freude am Reich in nachdrücklicher Weise zur Geltung. Unser deutsches Reich ist doch noch ein junges Gebilde, ohne Angliederung an früher vorhandene Vorbilder, ohne jede Analogie ist ein Teil unserer staatlichen Einrichtungen, Probleme von schwerer Bedeutung liegen deshalb in unserer Reichsverfassung. Dazu die Verschärfung der militärischen Gegensätze. Da ist es kein Wunder, daß es im Reich gut und brodeln. Aber es kommt noch ein anderes hinzu. Es ist doch deutsche Art, die Verschiedenheit des politischen Denkens, manchen allen wichtig zu nehmen, Eigenschaften, die ihren Ursprung haben in deutscher Gründlichkeit und deutscher Heimatliebe. Und so glaube ich doch sagen zu dürfen, daß wir noch lernen müssen, und viel mehr unterzuordnen unter den großen Gedanken des deutschen Vaterlandes. Es ist eine Beschönigung von schwererlicher Bedeutung, daß sich das ideale Moment der Volkseinstimmung für die höchsten Träger des deutschen Einheitsgedankens sich schneller verständigt hat, als andere Nationen es vernichten können, und daß die Erinnerung an die großen Zeiten, wo das Blut unserer deutschen Stämme auf Frankreichs Schlachtfeldern floß, nicht in dem beherrschenden Maße der Faktor unseres gesamten öffentlichen Lebens geblieben ist, wie es die Pflicht der Landarbeit erfordert. Wären wir zurück in die Zeit, wo das alte deutsche Reich eine Staatsform war, ein Schritt der ganzen Welt war. Die Kämpfe sind zur Blüte entfaltet. Man hat sich unter deutsches Reich da im Herzen Europas in stehender Rolle, mit blühender Landwirtschaft, seinen weltumspannenden Handel, mit seiner sozialen Gesetzgebung an der Spitze der Kulturpolitik marschierend, mit seiner in wenig Jahrzehnten sich kaumendend entwickelten Industrie, mit aufblühenden Kolonien, einer hohen Kriegsmarine und an der Spitze lebend einer Kaiser, um den und die Welt beneidet, dieser Kaiser ein Hohenzoller, ein Träger zugleich der glanzvollen Kaiserkrone Preußens, des Staates, der vor allem Träger des deutschen Gedankens, die Hoffnung aller Patrioten, war. Zwei Jahrhunderte hat es bedurft, bis der Staat sich durchsetzte, zwei Jahrhunderte voll Mühen und Kämpfe, voll von Momenten großer Kraftanstrengung und schier unüberwindlich scheinender Hindernisse. Aber dieser Staat setzte sich durch. Gemeinsam mit der hinzugekommenen Längigkeit aller deutschen Völker und Völker schloß er durch die Hand Kaiser Wilhelms des Siegreichen und seines großen Kanzlers das deutsche Reich, nicht als Gebiet der Hohenzollern, nicht als Ergebnis zufälliger Machtverhältnisse, sondern durch jahrelanger durchgeführte historische Ziele. Ein jeder sieht zunächst sein Vaterland, seine Heimat, aber ich meine, die Wurzel der Heimatliebe muß in ihren Ansehen fassen doch Unantastbar in die bestehende Erde des gemeinsamen Vaterlandes.

Bei uns in unserem herrlichen Baden, einem der schönsten und idealsten Punkte in dem Danden des deutschen Staatenbundes, ist das ja in besonderem Maße der Fall. Aber wie einst Großherzog Friedrich I., der treue Eckstein des deutschen Volkes und Mitbegründer des Reiches, betonte, und wie über die Grenzen des Landes hinaus jubelnde Zustimmung fand, gerade hier, wo ein alter Herr, den Gott segnen möge, in deutscher Treue regiert, gerade in dieser Stadt darf ich wohl sagen, wo wäre das herrlich aufblühende Mannheim trotz der Intelligenz seiner Bewohner, trotz der kaumendenden Schaffenskraft und Arbeitsfreudigkeit seiner Bürger, wenn dieses Streben nicht eine sichere Grundlage fände in einem starken und großen deutschen Reich. Was sollen wir von unserem Kaiser sagen: Man erlasse mir in eine Würdigung seines Wirkens einzutreten. Aber soviel glaube ich wohl aussprechen zu dürfen, daß wir alle mit festem Vertrauen das Steuer des Reiches in seiner Hand lassen, daß wir alle bewundern sein edles Streben, sein soziales Denken, seine Arbeitskraft und Ehrlichkeit, seinen Willen. Möge sein Wollen weiterhin gesegnet sein zum Wohle des Vaterlandes, möge es ihm verdammt sein, sich noch lange an der Spitze und dem Glück seines Volkes an zu streifen. In diesem Punkte und dem Gedankens unerschütterlicher Treue gibt es das begünstigt aufgenommen Hoch auf das Reichsoberhaupt. Stehend wurde die Nationalhymne angetönt. Noch lange gab man sich den Taktgeklängen hin. Der Abend war schon lange angebrochen, als die letzten die goldliche Städte verließen.

* Vereinsabend des kaufmännischen Vereins. Der Vorsitzende, Herr Direktor Kinkel, eröffnete am Dienstagabend gegen 9 1/2 Uhr den Vereinsabend und erteilte nach Beratung und Genehmigung des Protokolls des letzten Abends dem Redner, Herrn Fischer-Offenbach, das Wort zu seinem Vortrage über: „Die Bedeutung des Privatbeamtenstandes nach den Ergebnissen der 1907er Berufszählung und den seitherigen Stand der Pensionierungsversicherung“. Der Herr Fischer, der dem Hauptauschuss und der Siebenerkommission zur Errichtung einer staatlichen Pensionierungsversicherung der Privatbeamten angehört, auf die eigentliche Versicherung näher einging, gab er zunächst ausführliche statistische Angaben über die Berufszählung des Jahres 1907. Nach dem Ergebnis dieser Zählung habe die Landwirtschaft seit den letzten Anstellungen rund eine Million an Handel und Industrie verloren; während die Industrie einen Zuwachs von rund 6 Millionen, der Handel einen solchen von 23 Millionen aufzuweisen habe. Redner ging dann näher auf die Entwicklung des Privatbeamtenstandes ein, der heute nahezu 2 Millionen Erwerbstätige in sich aufnehme. Die Frage der Privatbeamtenversicherung sei in Deutschland im Jahre 1901 in Akt gekommen; der äußere Anlaß sei das Vorgehen der österreichischen Regierung gewesen, die in jenem Jahre einen Gesetzentwurf vorgelegt habe. Der Referent gab die weitere historische Entwicklung der Frage, streifte die Bildung des Ausschusses und der Siebenerkommission, um auf die Denkschriften sprechen zu können. Der Kern der Materie sei, wie auch in den Denkschriften ausführlich behandelt, der Invaliditätsbegriff. Dieser Begriff sei im Gesetz vom 22. Juni 1889 festgelegt worden, jedoch in einer Form, daß kein Mensch gewußt habe, wann er invalid im Sinne des Gesetzes sei und die gar keinen Anhalt zur Berechnung der Rente gegeben habe. Die Auslegung des Invaliditätsbegriffes habe sich daher als unklar erwiesen, so daß durch das Gesetz im Jahre 1899 der Invaliditätsbegriff durch die Berufsinvalidität ersetzt worden sei. Diese Auffassung sei zwar klarer, befriedigend aber noch keineswegs, so daß der Siebenerkommission der Invaliditätsbegriff in nachstehender Form angenommen habe: „Anspruch auf Bezug der Invalidenrente hat derjenige Versicherung, der durch Krankheit, Taubheit oder ein sonstiges körperliches Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zu der Ausübung seines Berufes dauernd unfähig ist. Das ist zum mindesten dann anzunehmen, wenn das Maß seiner Arbeitsfähigkeit auf weniger als die Hälfte eines körperlich und geistig gesunden Versicherungsnehmers herabgesunken ist“. Der Hauptauschuss habe sich dann auf den Standpunkt der zweiten Denkschrift gestellt und damit gehofft, endlich einen Gesetzentwurf zu erhalten. In der Sitzung des deutschen Reichstages vom 17. Januar d. J. seien auch die Interpellationen zweier Abgeordneter zur Sprache gekommen und hier habe der Staatssekretär Debrink erklärt, daß lediglich technische Schwierigkeiten es verhindert hätten, dem Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen. Die Regierung werde auf dem Standpunkt, daß weniger als wir in der letzten Denkschrift den Privatbeamten nicht angeboten werden dürfe und daß dieselbe alles tun werde, dem Hause bald einen Entwurf vorzulegen. Redner kam dann darauf zu sprechen, daß in der Sozialpolitik sich sehr häufig die Ansichten ändern und führte als Beispiel einen der bedeutendsten Sozialpolitiker an, der früher gegen diese Frage gewesen, nunmehr aber deren Befürworter sei. Was nun den Ausbau des Invaliditätsgesetzes betreffe, so sei man auch in Regierungskreisen zu der Überzeugung gelangt, daß dies eine so enorme Erhöhung des Reichsaufwandes bedeuten würde, daß dies ernsthaft gar nicht diskutiert werden dürfe. Im Anschluß hieran sprach Herr Fischer den Widerstand der von einzelnen Interessentenkreisen der Sonderversicherung entgegengebracht würde, a. a. auch die Anträge der weiblichen Angehörigen auf Einführung einer Frauenversicherung. Eine weitere Spaltung bestehe in der Frage der Zulassung von Sonderklassen, die namentlich seitens der Beamten verfochten würden. Alle diese Sonderbestrebungen seien für die Sache sehr hinderlich und geeignet, den Weg zum Wasser auf die Mühle zu treiben. Auch die Versicherungstechniker ständen aus leicht begreiflichen Gründen der Privatbeamtenversicherung im allgemeinen nicht sympathisch gegenüber. In neuerer Zeit seien auch wieder Stimmen der Industriellen und Detailisten gegen die Versicherung mobil gemacht worden, doch diese offenen Gegner seien weniger zu fürchten, als die heimlichen. Der Redner schloß seine Ausführungen, von der größten Sachkenntnis zeugenden Ausführungen damit, daß er hervorhob, daß der Staatssekretär einzusehen werde; daß das Gesetz mit oder gegen seinen Willen kommen werde, sofern der ganze Privatbeamtenstand sich geschlossen auf den Boden des Hauptauschusses und der Siebenerkommission stellen werde. — Der Vorsitzende sprach dem Redner den Dank der Versammlung aus und eröffnete gleichzeitig die Diskussion, die sich äußerst lebhaft gestaltete und an der sich zahlreiche Herren beteiligten. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß zur Förderung der Sache eine großzügige Demonstration unverzüglich eingeleitet werden müsse. In einem Schlusssatz sprach Herr Fischer, seinen ganzen Einfluß bei dem Hauptauschuss dahin geltend zu machen, daß zunächst ein Aufruf an die gesamte Privatbeamtenchaft erlassen werde, dem später eine Massendemonstration folgen müsse. Der Vorsitzende schloß dann gegen 12 Uhr den Abend, indem er der Verzeihung Ausdruck gab, daß der Vortrag eine Fülle von Anregungen gegeben und wohl manchen aus seiner bisherigen Interessiertheit geweckt haben dürfte.

* Eine Beleidigung durch die Presse bildete vor dem Schöffengericht am 25. Januar den Gegenstand einer Privatklage. Privatkläger war der Kaufmann Rudolf Ernh aus Neustadt a. S., vertreten durch Rechtsanwalt W. Dörbader, Mannheim. Kläger schloß sich durch einen Artikel beledigt, der in dem in Mannheim erscheinenden Organ des Hauses im Verband deutscher Handlungsgeschäften zu Leipzig — Redakteur dessen Geschäftsführer Richard D. L. in der in Mannheim — enthalten war und den Kläger Ernh, der in Neustadt zugleich das Amt eines Bezirksvorsitzenden und Ortsgruppenvorsitzenden des Deutschen Nationalen Handlungsgeschäftenverbandes bekleidet, in der Eigenschaft als früheren Hausnach und in anderen beleidigenden Ausdrücken kennzeichnete. Die Klagen mehrerer Zeugen ergaben, daß in einer in Bambricht im Herbst vorigen Jahres stattgefundenen Versammlung des Verbandes deutscher Handlungsgeschäfte lebhaft Auseinandersetzungen mit einigen anwesenden Mitgliedern des gegnerischen Deutschen Nationalen Handlungsgeschäftenverbandes gepflogen wurden, die teilweise einen sehr erregten Charakter trugen. Kläger Ernh macht geltend, daß er in Bambricht sachlicher Form keine Gegenseite gehalten habe und zu einem unangeordneten Verfallungsverlauf keine Veranlassung gegeben habe. Ebenso trifft auf ihn nicht zu, daß er irgendwelche Handlungsgeschäfte in Bambricht gehabt habe. Er sei vielmehr von Bambricht auf in kaufmännischen Diensten gewesen, wie er auch eine regelrechte kaufmännische Arbeit in Bambricht gemacht habe. Ernh beweist seine Aussagen durch Vorlage seiner Lehr- und kaufmännischen Dienstzeugnisse. Von seinen Zeugen wird bezeugt, daß er in Bambricht nicht in beledigender Weise habe treffen wollen. Sein Artikel sollte vielmehr das Verhalten der in Bambricht anwesenden Gegner kennzeichnen. Das Gericht erkennt die beschriebenen Umstände, die bei Abfassung des Artikels mitgewirkt haben, als mildernd an, erteilt jedoch in dem frag-

lichen Zeitungsbericht eine Beleidigung und verurteilt demgemäß den Besagten Dellinger zu einer Geldstrafe von 10 Mark, im Nichtzahlungsfalle zu einer Haftstrafe von 2 Tagen und zur Ertragung der nicht unerheblichen Kosten. Dem Kläger wird ferner die Substitutionsbefugnis zugesprochen. Vertreter des Besagten Dellinger war Rechtsanwalt Dr. Schulz in Ludwigshafen.

Ein Schmetterling, ein junger Zitronenfalter, wurde uns heute nachmittag auf die Redaktion gebracht, den ein Freund unseres Blattes im Schloßgarten gefangen hatte. Der leichtbewingte Geselle hatte sich durch den schönen Sonnenschein verlocken lassen, aus seinem Versteck heraus einen Ausflug zu unternehmen, was er wohl infolge der kalten Witterung mit dem Tode bezahlen muß.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Berliner große Oper ist sehr bösig gestimmt, gestern hat sich, wie uns telegraphisch gemeldet wird, das Grundfundament konfirmiert.

Siegfried, der Dichter. In Siegfried Wagners neuer Oper „Wano Dietrich“, deren Text er selbst geschrieben hat, kommen die Verseilen vor:
So soll es nie aus Dietrichs Mund,
Diesmal soll des Nachbarn Hund,
Dazu finden wir im „Berl. Tagebl.“ folgende Worte:
Herr Siegfried, Jünger des Apoll,
Hat komponiert recht wunderbar.
Doch daß er nun zu Tur und Wolf
Persönlich auch den Text geloll,
Drin er uns auseinanderpoll:
Es heißt nicht „belle“, es heißt „boll“;
Ich muß gestehn, das ist recht toll.
Wer so die Straße uns entroll,
Wer so was von der Seine schnoll
Und wer beim Dichten so zerscholl,
Von dem erholl.
Dah er uns proll,
Und nie 'nen Vers mehr schreiben soll.

Von Tag zu Tag.

— Sträflischer Uebermut. Eisen, 27. Jan. Auf dem Bahnhof zu Blankenstein erfolgte eine Explosion, weil beim Abladen von Benzinsäffern ein russischer Arbeiter im Uebermut die brennende Zigarre in das Händloch eines leeren Fasses hielt. Drei Arbeiter verbrannten höfungslos, aber auch der Arbeiter erlitt schwere Brandwunden; er ist kläglich.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Belgrad, 27. Jan. Prinz Georg begab sich heute in seine neue Garnison Mitoman. Bei der Abreise war am Bahnhofe eine Ehren-Kompagnie mit Musik aufgestellt. Am Abschied hatten sich die Spitzen der Militärbehörden eingefunden.

w. Sidney, 27. Jan. Wegen seiner Tätigkeit beim Ausstand der Bergarbeiter gegen Ende des vorigen Jahres ist der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Nordens zu 3 Jahren Gefängnis, sowie 8 Bergleute zu 2 Wochen bis 3 Monaten Zwangsarbeit verurteilt worden.

w. Washington, 27. Jan. Im Hinweis auf die allgemeine Preissteigerung brachte das Mitglied des Kongresses Sabbath eine Gesetzesvorlage ein, wonach die Einführung der notwendigen Zahlungsmittel frei sein soll.

Unwetter.

m. Köln, 27. Jan. Seit gestern herrscht im gesamten Westdeutschland ein Sturm und Schneetreiben, wie es seit Jahren nicht mehr erlebt wurde. Speziell im bergischen Lande gehen anhaltend große Schneemassen hernieder. Der Verkehr ist überaus erschwert. Aus den belgischen und norddeutschen Grenzorten werden zahlreiche Schiffsanfälle gemeldet. In Dänemark erlösten in der verflochtenen Nacht mehrfach Hilfssignale. Mehrere Fischerboote werden vermisst. Aehnliche Hilfsposten kommen aus den holländischen Hafenstädten.

Die Wahrscheinlichkeiten in Braunschweig

* Braunschweig, 27. Jan. Nach amtlichen Darstellungen nahmen die gestrigen sozialdemokratischen Aushebungen stellenweise einen ersten Charakter an. Da die Menge der mehrmaligen Aufforderung der Polizeibehörde zum Auseinandergehen bzw. Weitergehen zum Trotz immer protestirender vorging, die Polizeimannschaften mit Eiswürden beworfen wurden und da weiter aus der Menge ein Schuß abgegeben wurde, mußte die Polizei mit der blanken Waffe vorgehen, wobei mehrere Verletzungen darunter auch einige schwere, vorliefen. Ueber die Zahl und Art der Verletzungen ist noch nichts bekannt, da die Verletzten in ihre Wohnungen oder zu einem Arzt sich begaben. Ein Mann, der einen zu Boden gestürzten Polizeibeamten am Boden festhielt und zu würgen versuchte, erhielt einen schweren Säbelstich über den Kopf und erlitt vermuthlich eine Gehirnerschütterung. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Ein von der Menge besonders heftig attackirter Polizeikommissar wurde ebenfalls wenn auch nicht schwer, verletzt. Die Polizei war über die heftigsten Demonstrationen unterrichtet und hatte so rechtzeitig entsprechende Maßnahmen treffen können.

Unwetter in Spanien.

* Madrid, 27. Jan. Aus verschiedenen Gegenden Spaniens werden starke Schneefälle und Schneeschläge gemeldet. In einzelnen Teilen der Provinz Saragossa liegt der Schnee einen Meter hoch.

* Madrid, 27. Jan. In Saruna ging bei heftigem Sturm ein Fischerboot unter; elf Insassen ertranken. In San Sebastian ist das Wasser gestiegen und in eine Anzahl von Häusern eingebrungen.

Weitere Todesfälle in Spanien.

* Madrid, 27. Jan. Gestern erfolgten in Catalonien 8 neue Todesurtheile durch das Kriegsgericht aufgrund der Beteiligung an der Julirevolution. Immer unermüdet verlangen die freibüchlichen Gesinnung eine Amnestie. In Palenzia gab gestern H. „Hilf. Bg.“ ein großes Meeting diesem Wunsch Ausdruck.

Demission des norwegischen Kabinetts.

* Christiania, 27. Jan. Im heutigen Staatsrat überbrachte der Ministerpräsident das Demissionsgesuch des gesamten Kabinetts. Der König nahm die Demission an. Er erlaubte die Minister, bis auf weiteres die Geschäfte weiter zu führen. Nach Schluß des Staatsrats empfahl der Minister dem König auf dessen Anfrage, sich an den Führer der Rechten Braslin wegen Neubildung eines Kabinetts zu wenden. Das Demissionsgesuch der Regierung wird mit dem Anfall der letzten Stichtagswahlen begründet.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

* Berlin, 27. Jan. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Bruder des Justizministers Nedih Mebbin fiel heute einem Morданschlag zum Opfer. Das Attentat galt jedenfalls dem

Justizminister selbst, denn der Bruder war erst wenige Stunden vorher in Bursa angelangt.

* Berlin, 27. Januar. Aus Newyork wird gemeldet: In einer von Suffrageten einberufenen Versammlung, die gegen die Fleischpreise protestierte, forderte Frau Lobinger die Abfertigung einer Depesche an den deutschen Kaiser an, in der für die Ausschließung des schlechten amerikanischen Fleisches gebauert wird.

* Berlin, 27. Januar. Aus Newyork wird gemeldet: Die bekannte Millionärsfamilie Morgan gibt die Verlobung ihrer Tochter Elisabeth mit dem amerikanischen Großkaufmann d'Vancey bekannt.

* Berlin, 27. Jan. Aus Brüssel wird gemeldet: Major von Barjeval hielt gestern im belgischen Aeroklub einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit Lichtbildern über die deutschen Lenkbalkons und deren Konstruktionen. Major von Barjeval kündigte den Besuch seines Luftschiffes auf der Brüsseler Weltausstellung an. Der Aeroklub ernannte ihn zum Ehrenmitglied.

Mit der Flugmaschine zum Nordpol.

* Berlin, 27. Jan. Aus Newyork wird gemeldet: Gestern abend hatte der Nordpolforscher Peary in Danion in Ohio eine Unterredung mit den Gebrüdern Wright über die Frage, ob es möglich sei, den Nordpol mit der Flugmaschine zu erreichen. Nach der Unterredung erklärte Wilbur Wright einem Journalisten, daß bereits vor einiger Zeit ein Polarforscher den Plan gefaßt habe, in einer eigens konstruirten Wright'schen Flugmaschine die Erreichung des Poles zu versuchen. Den Namen des Forschers zu nennen, weigerte sich Wright. Zum Aufstiegsplatz sei ein Ort etwa 500 Kilometer vom Nordpol entfernt gewählt. Wilbur Wright ist der Ansicht, daß der Flug zum Nordpol und zurück zum Landungsort aus 3 Tagen in Anspruch nehmen werde. Auch Peary hält das Projekt für sehr gut ausführbar.

Die Vereinbarung des Handelsabkommens zwischen Nordamerika und Deutschland abgeschlossen.

* Berlin, 27. Jan. Aus Newyork wird gemeldet: Die Vereinbarung des Handelsabkommens zwischen Amerika und Deutschland mit der gegenseitigen Gewährung der Minimal-Tarife ist abgeschlossen. Nordamerika läßt die Forderung der Zulassung des Schlachtwiehs fallen und hat die Fleisch-Inspektion überhaupt nicht beanstandet. Keine Verstimmung zwischen dem deutschen Botschafter und Graf Khevenhull.

* Berlin, 27. Jan. Gegenüber der in Wien immer wieder auftauchenden Gerüchten von einer Verstimmung zwischen dem deutschen Botschafter und dem Minister des Reichs Graf Khevenhull wird offiziös im Berliner „L.A.“ versichert, daß die angeblich auf einem Hofball zutage getretenen Differenzen zwischen beiden Staatsmännern auf einer Verwechslung mit einem andern Diplomaten beruhen. Diese Gerüchte wurde zweifellos lediglih in der Absicht verbreitet, eine Spaltung zwischen den beiden Nachbarreichen zu stiften. Die freundlichen Beziehungen der beiden Diplomaten haben, wie nochmals versichert wird, durch keinen Vorgang der letzten Zeit eine Kränkung erfahren.

Kaisers Geburtstag.

* Berlin, 27. Jan. Zur Feier des Geburtstages des Kaisers trägt die Stadt reichen Flaggen Schmuck. Eingeleitet wurde die Feier auch in diesem Jahre durch ein großes Weken. Der Kaiser nahm zuerst die Glückwünsche der kaiserlichen Familie entgegen und empfing dann die Gratulationen der Damen und Herren des engeren Hofes, des Hauptquartiers, sowie der ständig hier antworfenden Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses und der allerhöchsten Gäste. Um 8 1/2 Uhr empfing der Kaiser den Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg, dem der Kaiser, den Schwarzen Adlerorden verlieh. An seinem Geburtstage hat der Kaiser auch der Mutter und der Verwitweten der Reihe H o l l a u d gedacht. Heute werden in Wallonscheid den bei dem Rettungswerk Beteiligten vier Rettungsmedaillen am Bande, ein Kreuz des allgemeinen Ehrenzeichens und vier allgemeine Ehrenzeichen überreicht.

Sodann begab sich der Hof zur Schloßkapelle, wo die Botschafter und die übrigen Missionsschefs, die Bundesratsmitglieder, die Generalität, die Admiralität, die Minister, die Parlaments-Präsidenten usw. sich eingefunden hatten. Hierbei führte der Kaiser die Großherzogin von Baden, der König von Sachsen die Kaiserin, der König von Württemberg die Kronprinzessin, der Kronprinz die Großherzogin von Hessen. Der Kaiser trug die Uniform des 1. Garde-Regiments, die Kaiserin eine niederrheinische Mode. Der Hofprediger von Tarnow hielt die Predigt. Der Kaiser verlieh außer dem Schwarzen Adlerorden an den Reichskanzler noch zahlreiche Orden und Auszeichnungen.

* Berlin, 27. Jan. Dem Gottesdienst schloß sich die Gratulationskur im Weißen Saale an, wobei der Kaiser dem Reichskanzler, den Botschaftern und den Parlamentspräsidenten die Hand reichte. Nach der Kur nahm der Kaiser die Glückwünsche des Staatsministeriums entgegen und begab sich mit seinen Söhnen zu Fuß zum Reithaus, wo ihn die Offiziere der Garnison zur Vorlesungsbahn und militärischen Redaktionen erwarteten. Hierauf beschäftigte der Kaiser auch die im Reichhof aufgestellten Modelle von Lenkbalkons. Von Ordensauszeichnungen an die hohe Generalität seien genannt: die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den General v. Deines, das Großkreuz des Ordens des Heiligen Michael an den Generaloberst v. Pflessen, das Großkreuz des Roten Adlerordens an die kommandierenden Generale von Löwenfeld und von Rodenien, der Chef des Zivilkabinetts von Valentini erhielt den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Stern und Eichenlaub. Nach der Rückkehr ins Schloß fand Frühstückstafel mit den Kindern und Geschwistern des Kaisers statt, während die fürstlichen Gäste mit den Kronprinzlichen Herrschaften speisten. Um 6 1/2 Uhr abends findet Familientafel für alle Fürstlichkeiten im Ritteraal statt.

w. Wien, 27. Jan. Anlässlich des Geburtstages des deutschen Kaisers gab der deutsche Botschafter v. Tschirsky ein Frühstück, an dem das Personal der Botschaft, die Mitglieder der deutschen Kolonie, die reichsdeutschen Vereine, die Vertreter der Bundesstaaten, die Konsulatschefs usw. teilnahmen. Der Botschafter brachte einen Trinkspruch auf den Kaiser aus, der von den Festteilnehmern begeistert aufgenommen wurde.

w. Budapest, 27. Jan. Zur Feier des Kaisers Geburtstages gab heute der deutsche Generalkonsul Freiherr von Prockdorff-Rantau den Mitgliedern der deutschen Kolonie in den Räumen des deutschen Klubs ein Festessen. Zu seinem Trinkspruch sagte der Generalkonsul, das schönste Geschenk, das die deutsche Kolonie dem Kaiser darbringen könne, bestehe darin, daß sie in ernster Arbeit dem deutschen Namen, den zu tragen sie stolz sei, im Auslande Ehre mache.

* Paris, 27. Jan. Der anlässlich des heutigen Geburtstages des deutschen Kaisers auf der deutschen Botschaft gestern veranstaltete Empfang, zu dem viele hervorragende Landblente aus dem Reich, unter ihnen der ehemalige Botschafter Freiherr von Stamm, Oberst von Falkenbain und Professor Dr. Kannwischer sowie die Mitglieder der deutschen Kolonie trotz der durch die Ueberschwemmungen vielfach verursachten Verkehrshindernissen überaus zahlreich erschienen waren, nahm einen sehr schönen Verlauf. Am Schlusse des Festabends, bei dem die Sängerin Legoff, die Violinvirtuosin Crepi und der deutsche Quartettverein die Gäste durch künstlerisch vollendete Darbietungen erfreuten, brachte der deutsche Botschafter, Fürst von Kabsin, in längerer Rede einen begeistert aufgenommenen Trinkspruch auf den deutschen Kaiser aus, wobei er Veranlassung nahm, in herzlichen Worten dem Mitgefühl für das durch die Hochwasserkatastrophe so schwer heimgesuchte Frankreich Ausdruck zu verleihen.

w. Rom, 27. Jan. Gestern abend fand im Hotel Virinal eine vom deutschen Verein veranstaltete Kaisergeburtstagsfeier statt. Unter den Anwesenden befanden sich Fürst Bülow, der Botschafter von Zagora, der Gesandte Freiherr von Mühlberg, Freiherr von der Tann-Rathsamhausen, Freiherr Ritter von Grünstein. Heute vormittag fand in der Kapelle der Botschaft Festgottesdienst statt. Beim Gesandten Freih. von Mühlberg fand heute mittag Festmahl statt und auf der deutschen Kolonie abends großer Empfang der deutschen Kolonie.

w. Rom, 27. Jan. Anlässlich des Kaisergeburtstages wurde in der Kirche Santa Maria del'Anima ein feierliches Gedächtnis gefungen, dem der preussische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Kardinal Forrate und hervorragende Personen der deutschen Kolonie bewohnten.

w. Belgrad, 27. Jan. Anlässlich des Geburtstages des deutschen Kaisers sprachen der Generaladjutant Oberst Freyherrlich namens des Königs und Ministerpräsident Vassitch namens der Regierung dem deutschen Gesandten v. Reichenau die besten Glückwünsche aus.

w. Kopenhagen, 27. Jan. Der Verein deutscher Reichsangehöriger in Kopenhagen feierte gestern abend den Geburtstag des Kaisers durch ein Festessen. Der Vorsitzende des Vereins, Eigenhut, toastete auf den König von Dänemark, der deutsche Gesandte, Graf Hensell zu Donnermarkt, brachte den Toast auf Kaiser Wilhelm aus, den er als Friedensfürst feierte. Der deutsche Pfarrer Rappier toastete auf das deutsche Vaterland. Den Schluß bildete ein Ball, der die Teilnehmer bis in die Morgenstunden vereinigte.

Das Hochwasser in Paris.

* Berlin, 27. Jan. Das anhaltende Steigen der Seine hat in allen Stadtteilen, namentlich beim Bahnhof Anais d'Orlay in der Umgegend der Rue de Bac eine wahre Katastrophe geschaffen. Die Seine ist über Nacht auf 110 Meter gestiegen. Heute wird ein weiteres Steigen um 50 cm erwartet. Dem Andrängen der Wassermassen gegen die Mauern des Bahnhofs Anais d'Orlay haben diese Mauern nachgegeben, dabei den Fluten einen Weg ebnet. Das Wasser sprengt das Trottoir der Rue de Lille und die Wasserengen, die ständig anschwellen, drängen sich durch die Straße in wachsenden Fluten nach der Depuirtensammer vorwärts. Die Depuirtensammer ist vollständig von Wasser umgeben. Die deutsche Botschaft, in der gestern abend ein Empfang aus Anlaß des Geburtstages des deutschen Kaisers stattfand, ließ alle Fensterläden schließen, um ein Eindringen des Wassers zu verhindern. In ganz kurzer Zeit hatten die Fluten das Trottoir der Rue de Lille gesprengt und die Straße in einen förmlichen See verwandelt. Der Dienst in der Botschaft ist eingestellt. Heute früh ist auch die Freitreppe überschwemmt. Das Wasser hat alle Küchenräume und die Stallungen der Botschaft überschwemmt. Es reicht bereits in die rechtsseitigen Bureauräume des Palais ein. Der Portier kann seine Logie nicht mehr verlassen. In den in der Nähe der Botschaft liegenden Gebäuden lassen sich die Bewohner in der Weise verproviantieren, daß sie Körbe und andere Gefäße zum Fenster hinausabhängen und diese gefüllt hochziehen. In den Keller des Palais-Balastes dringt auch bereits das Wasser. Der Vorrat der Zeitungen reicht nur noch für wenige Tage. Man macht sich darauf gefaßt, auf buntem Papier zu drucken. Minister Wilson kann das Ministerium des Reichs mittels Barlen verlassen. Die Vororten Seine aufwärts und Seine abwärts von Paris sind nicht mehr zugänglich. Montville ist völlig isolirt. 200 Einwohner sind vor den andrängenden Wasserwallen geflohen, weitere 1000 wanderten mit ihren nötigen Noheligkeiten nach Paris, um dort ein Unterkommen zu suchen. Um alle Obdachlosen unterzubringen, richtet die Stadtverwaltung außer im Parthenon eine große Anzahl öffentlicher Gebäude zu Schlafsalen ein.

* Paris, 26. Jan. Nach einer kalten Nacht begann es heute früh um 6 1/2 Uhr zu schneien; vormittags fiel der Schnee in dichten Kloden, blieb aber nicht lange liegen. Das Wasser steigt immer noch und richtet besonders im großen und dreizehnten Arrondissement sowie auf der Place Maubert, am Pont Neuf, auf der Place de la Concorde und in Paris-rothen Städten an. Der Invalidenbahnhof ist überschwemmt, ebenso die Strecke der Untergrundbahn unter der Place de la Concorde. Nach einer Mitteilung der Orleans-Eisenbahn-Gesellschaft ist der Betrieb infolge des Hochwassers vollständig eingestellt.

* Paris, 23. Jan. Die Seine steigt immer noch; die Kanäle treten im vierten Arrondissement über. Ein Teil des Ministeriums des Arrondissements ist geräumt; insbesondere gefährdet ist das Polizeiviertel. Der Kriegsminister verließ Paris in fünf Begleitern, deren jeder unter den Befehl eines Majors der Landwehr gestellt wird, die mit einer Anordnung der Disziplin beauftragt sind. 120 Seeleute und 74 Boote sind aus den Häfen eingetroffen und nach Mort beordert worden, wo nunmehr jede Gefahr für das Leben von Menschen beseitigt ist.

w. Paris, 21. Jan. Der Gemeinderat gewährte für die von der Ueberschwemmungskatastrophe Betroffenen 150 000 Frs., die Handelskammer 50 000 Frs., die Gemeinde Clichy le bain 10 000, der Dichter Edmond Rostand 7000, mehrere Kreditankalten Beträge von 10—25 000 Frs. Die gesamte von der Presse veranstaltete Subskription erreichte den Betrag von 720 000 Frs.

Volkswirtschaft. Die Bereinigung der altrechtlichen Grund- und Hypothekensbücher.

In dem Mittagsblatt vom Dienstag, den 23. Januar ds. Jrs. (Nr. 39) des General-Anzeigers schreibt der Landtagsberichterstatter über die Sitzung der II. Kammer vom 24. ds. Mts.

„Dabei wurde ein Gesetzentwurf, der für ganz Baden große Bedeutung hat, angenommen. Es ist das Gesetz betreffend die Bereinigung der altrechtlichen Grund- und Hypothekensbücher.“

Dem kleinen Gesetz kommt die ihm hier angelegte Bedeutung nicht zu.

Unter dem alten Grundbuchrecht gab es ein Bereinigungsverfahren, durch welches die Streichung aller, bedeutungslos gewordener Einträge ermöglicht war; in diesem Verfahren wurden die über 30 Jahre alten Einträge gelöscht, wenn der Gläubiger nach vorausgegangenem Mahnung seinen Erneuerungsantrag stellte. Aus Anlaß der Aufhebung des neuen Grundbuchs, um zu verhindern, daß dieses mit zahlreichem, nicht mehr wirksamen Einträgen angefüllt werden müßte, wurde auf Grund des badischen Gesetzes vom 24. April 1898 ein besonderes Bereinigungsverfahren, welches sich auf alle vor 1. Januar 1899 vollzogenen Einträge bezog, durchgeführt.

Die gesamten badisch-rechtlichen Vorschriften zur Bereinigung der alten Grund- und Hypothekensbücher sind für alle Gemarkungen, in denen inzwischen seit dem Jahre 1901 das neue Reichsgrundbuchrecht in Kraft getreten und das neue Grundbuch angelegt worden ist, außer Kraft getreten. Das ist der weitestgehende Teil des Großherzogtums.

Nur in 37 Gemeinden und 7 abgeordneten Gemarkungen anderer Landes gilt heute noch das alte Grundbuchrecht und werden jetzt noch die Grund- und Hypothekensbücher „alten Stils“ geführt; diese Gemeinden mit altrechtlicher Grundbuchführung liegen in den Amtsbereichen des Oberrheins, Neckars, Neckar, Waldkirch, Triberg, Breiten, Forstheim, Rastbach, Forstberg, Tauberhofsheim, Waldbrunn und Weiskirchen. In diesen Gemeinden kann mit der Aufhebung des neuen Grundbuchs erst begonnen werden, wenn das Lagerbuch fertiggestellt ist; das kann in einigen Gemeinden noch länger als 10 Jahre dauern. Inzwischen sind aber in den letzten 10 Jahren in die Grund- und Hypothekensbücher der 37 Gemeinden über 10 000 Vorzugs- und Hypothekensrechte eingetragen worden, von denen jetzt schon wieder ein Teil erloschen ist und die zur Aufhebung des neuen Grundbuchs noch eine größere Zahl bedeutungslos werden wird. Das Justizministerium ist durch das neue Gesetz ermächtigt worden, in diesen 64 Gemarkungen 1. zu, wenn das rechtsrechtliche Grundrecht angelegt wird, in Bezug auf Einträge von Vorzugs- und Hypothekensrechten, welche länger als 10 Jahre in den alten Grund- und Hypothekensbüchern eingetragen sind, ein neues Bereinigungsverfahren anzuordnen.

Für alle übrigen Gemeinden anderer Landes ist aber das neue Gesetz ohne Bedeutung. So das Reichsgrundbuchrecht eingeführt ist, kann die einzelstaatliche Gesetzgebung ein Bereinigungsverfahren nicht anordnen. Einträge, die im neuen Grundbuche stehen, können nur gelöscht werden, wenn die beteiligten Grundstückseigentümer die zur Löschung erforderlichen Grundbesitzverhältnisse und die zur Löschung erforderliche Zustimmung des Gläubigers mit öffentlicher Unterschriftslegung beibringen. Aber trotz aller Bereinigungen, heißt es im Gesetzentwurf, sind die beteiligten Eigentümer nicht dazu zu bringen, sich für die Streichung der erloschenen Pfandrechte Sorge zu tragen. Daher ist in dieser Hinsicht aus eigenen Mitteln der Grundstückseigentümer eine große Sorglosigkeit zu konstatieren.

Im Verwaltungsjahre des Grundbuchamts Mannheim pro 1906 habe ich bemerkt:

Das durch Gesetz vom 14. April 1898 angeordnete Bereinigungsverfahren umfaßte die vor dem 1. Januar 1899 in den alten Grund- und Hypothekensbüchern eingetragenen Vorzugs- und Hypothekensrechte. Die erst später eingetragenen Pfandrechte mußten in das neue Grundbuch eingetragen werden; unter diesen aber war eine große Zahl durch Tilgung längst erloschen. Während der Aufhebungsarbeiten haben wir den Nachruf: „Getilgte Hypotheken löschten“ oftmals an die Grundstückseigentümer durch Bekanntmachungen in der Presse und durch schriftliche und mündliche Aufforderungen gerichtet; gegen 600 Pfandrechte konnten so im Laufe der Jahre abgemacht werden. Aber immer noch über 100 gegenstandslos gewordene Einträge vorhanden; der eingetragene Gläubiger ist längst gestorben, ein Teil der Erben und Amerika veranlagt; die Kosten des Aufgebotsverfahrens werden geklagt. In einem Fall haben die Bekanntmachungen allein 50 Mark Kosten verursacht. Die Eigentümer warten immer auf ein Bereinigungsverfahren, aber das letzte Recht kennt es ja nicht mehr. Vielleicht kommt ein solches doch wieder zur Einführung; es wird mit der Zeit um so dringender werden, weil die Leute gar nicht gewohnt sind, für ihre Rechte selbst zu sorgen und sich um den Inhalt des Grundbuchs vielfach sehr wenig kümmern, bis ein Grundbuch verkauft oder eine Hypothek gemacht werden soll.

Durch die Stillschließungs-Novelle vom 1. April 1910 an das Verbot der Eintragung einer Pfandhypothek auf Grund eines Vollstreckungsbescheides weg; der Reichsrichter der badischen Regierung in der Justizkommission des Reichstags hat gegen die Zulassung des Vollstreckungsbescheides als Eintragungsdarstellung nach den irrtümlichen Erklärungen aus den 1870er Jahren (social. Monatshefte, April 1908, Seite 109) vergebens Widerspruch erhoben. Gerade Pfandhypotheken werden recht selten gelöscht; der Gläubiger darf sein Geld; man habe ihn auch nicht zum Eintrag gebracht, erwidert der Eigentümer, wenn er auf die Löschung aufmerksam gemacht wird. Nach dem schweizerischen Zivilgesetzbuch wird der Grundbuchverwalter bei Unterlassung des Eintrages des Gläubigers, eine gerichtliche Unterstellung und Verurteilung zu veranlassen und nach Verlassung des Richters die Eintragung eines Eintrages, der jede rechtliche Bedeutung verloren hat, vorzunehmen.

In dem Kommissionsbericht der I. Kammer zu dem eingangs genannten Gesetz hat Herr Oberlandesgerichtspräsident Dr. Dörner, daß die Eintragung eines Bereinigungsverfahrens unter der Geltung des neuen Grundbuchsrechts Sache der Reichsgesetzgebung geworden sei u. den Gegenstand früher Erwägung innerhalb der zur Reichsgesetzgebung heranzuziehen ist. In den beiden ersten Kammer der badischen Rechtspraxis vom laufenden Jahr wird diese Frage eingehend erörtert und die Bereinigung eines amtlichen Bereinigungsverfahrens mit dem neuen Pfandrecht darlegt; einen Weg gibt es; hoffentlich führt er zum Ziel, um auch das neue Grundbuch trotz der vom Norden herübergenommenen Eigentümerverschuldung künftighin von Einträgen, die es unnützerweise belasten, zu befreien.

Mannheim, den 26. Januar 1910.

Rechtsrat Reitzner.

Folgen der neuen Steuern.

Eine laute Klage über Belastungen durch die neuen Steuern stimmt die Verwaltung der Norddeutschen Grundkreditbank in Königsberg an, in deren Geschäftsbericht für das Jahr 1909 es heißt:

„Durch die neuen Steuern, die auf die Pfandbriefe abzuwälzen ohne ernste Gefährdung der Abzahlbarkeit der Pfandbriefe nicht möglich war, wurde unseren Pfandbriefen, da sie auf Namen und Orden lauten, ein um mehr als das Dreifache erhöhter Effektenkempel auferlegt. Abgesehen davon, daß bei dem sofortigen Inkrafttreten der neuen Steuern für die voraus bewilligten Hypotheken Bedingung nirgendwo genommen werden konnte, war es ganz ausgeschlossen, unter dieser Belastung an einen weiteren Vertrieb unserer Hypothekenspfandbriefe zu denken. Wir mußten daher unter eingehender Begründung unserer Notlage die Regierung ersuchen, uns das bisher fehlende Privileg zur Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Pfandbriefen zu erteilen. Wir erhoffen eine baldige und günstige Entscheidung, da wir bis dahin in unserer weiteren Tätigkeit vollständig gehemmt sind.“

Post-Giroverkehr.

Am 1. Februar 1910 wird zwischen dem Deutschen Reich, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz ein Post-Giroverkehr in der Weise eingerichtet, daß jeder Inhaber eines Scheckkontos bei einem deutschen Post-

Scheckamt von seinem Konto Beträge auf ein Scheckkonto bei dem Post-Sparcassenamt in Wien oder der Königlich ungarischen Postsparkasse in Ofen-Best oder den schweizerischen Post-Scheckbüros überweisen kann. Ebenso kann auch der Inhaber eines Scheckkontos, das bei einer der genannten ausländischen Verwaltungen geführt wird, Überweisungen auf ein deutsches Post-Scheckkonto in Auftrag geben.

Effektenbörse. Anlaßlich des Geburtstages des deutschen Kaisers war die Effektenbörse heute geschlossen.

n. Mannheimer Produktenbörse. Im Einklang mit den von den amerikanischen Völkern gemeldeten Preiserhöhungen verkehrte auch der hiesige Markt in fester Haltung. Das Geschäft ist indes am hiesigen Markte weiter still, weil der Konsum nur die notwendigen Käufe vornimmt. Die Notierungen im hiesigen offiziellen Kursblatt haben eine Veränderung nicht erfahren.

Vom Auslande werden angeboten die Lohne, gegen Kassa, ein Rotterdam: Weizen Capata-Bahia-Blanca oder Barletta-Russo 78 Kg. per Januar-Februar M. 179.50-180, do. ungar. Aufaat 78 Kg. per Januar-Februar M. 179.50-180, do. Rosario Santa Fe 78 Kg. per Januar-Februar M. —, Redwinter 2 per September M. —, Hartwinter 2 per September M. —, Ulla 9 Pud 30-35 schwimmend M. 178-178.50, Ulla 10 Pud M. 179-179.50, Ajima 10 Pud 5-10 schwimmend M. 188.50-189, Rumän. 2 Proz. blauefrei 78-79 Kg. prompt M. 188-189, Rumän. nach Rußland 78-79 Kg. prompt M. 184-185, Rumänier 78-79 Kg. 3 Proz. blauefrei prompt M. 186-187.

Waggen russischer 9 Pud 10-15 schwimmend M. 131.50 bis M. 132, do. 9 Pud 15-20 schwer M. 132.50-133, nordd. Waggen 78-74 Kg. prompte Abladung M. 130-132.

Gerste russ. 58-59 per Februar-Mai M. 112.50-113, do. 59-60 Kg. v. Februar-März 113-113.50, Donau 58-59 Kg. per schwimmend M. 112.50-113, do. 59-60 Kg. schwimmend Markt 113-113.50, Capata 46-47 Kg. schwimmend M. —.

Hafers russischer prompt 46-47 Kg. per Januar-Februar M. 112-112.50, do. 47-48 Kg. prompt M. 112.50-113, Donau nach Rußland schwimmend von M. 112-114, do. prompte Abladung M. 113-113.50, Capata 46 Kg. per Februar-März Markt 112.50-113, 47 Kg. per Februar-März M. 113-113.50.

Reis Capata gelb rote terms schwimmend M. 129.50 bis 130, do. per April-Mai M. 124, dito per Mai-Juni 122, Donau schwimmend M. —, Edeffa M. —, Nordostfisch M. —, Mixt per Januar-Februar 125.

Neue Baumwoll-Spinnerei in Bayreuth. Der Abgang für 1909 ergibt nach Abschreibung von 200 000 M. auf die Spinnereier Anlage (I. R. 200 000 M.) und nach Rückstellung der halbjährlichen und vertragmäßigen Verpflichtungen einen Reingewinn von 420 056 M. (471 948 M.), wozu noch 45 750 M. (49 520 M.) Vortrag kommen, so daß im ganzen 470 478 M. zur Verfügung stehen (521 789 M.). Davon sollen 110 000 M. (125 000 M.) der Spargelreserve überwiesen, 13 Prozent (90 Proz.) Dividende verteilt, 28 000 M. (28 000 M.) den Angestellten und Arbeitern als Geschenk zugewendet und 53 478 M. (48 789 M.) auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Telegraphische Handelsberichte.

Konkurs.

* Stuttgart, 27. Jan. Der Konkurs des Jubeliers Emil Kocher in Stuttgart betrifft nur dessen Privatvermögen, während die Firma Eduard Kocher, deren Teilhaber er war, in keiner Weise davon berührt ist.

Neues vom Dividendenmarkt.

* Stuttgart, 27. Jan. Der Aufsichtsrat der Mechanischen Triebwerksfabrik Maxhölz u. Lutz K. G. in Weiskirchen schlägt II. „Bf. Jg.“ für 1909 7 1/2 Prozent gegen 6 Prozent Dividende vor.

* Darmstadt, 27. Jan. Der Aufsichtsrat der Bergisch-Märkischen Industrie-Gesellschaft in Wachenfeldsch in seiner letzten Sitzung II. „Bf. Jg.“ eine Dividende von 4 Prozent gegen 3 Prozent im Vorjahre vorgeschlagen.

Bedeutender Rohstoffeinsatz nach Belgien.

m. Köln, 27. Jan. Der „Köln. Ztg.“ zufolge sind in den letzten Tagen anhebender größere Mengen Rohstoffe, annähernd 60 000 Tonnen, von deutschen Werken nach Belgien verkauft worden und Anfragen nach weiteren beträchtlichen Mengen liegen vor. Es handelt sich bei diesen Abhängen, ebenso wie bei dem längst gemeldeten Verkauf von 20 000 Tonnen, nicht um feingehobenes Weizen- und Buhdel-Rohstoffen, sondern um Thomastrophen von rheinisch-westfälischen Werken, während sonst gar nichts oder nur geringe Mengen nach Belgien ausgeführt werden. Diese Abhänge beruhen weniger auf einem großen Verkaufsbedarf der deutschen Hochofenwerke, als vielmehr darauf, daß am belgischen Markte eine gewisse Knappheit in Rohstoffen herrscht und die belgischen Werke für das deutsche Thomastrophen daher Preise ansetzen, bei denen die deutschen Hersteller ihre ganze Rechnung finden, und an welche noch vor wenigen Wochen nicht zu denken war. Für die deutschen Werke sind diese Verkäufe auch deshalb von erheblicher Bedeutung, weil sie ihre Betriebsanlagen besser ausnützen und dadurch billiger arbeiten.

Neue Reichsanleihe und neue Konsole.

* Berlin, 27. Jan. Der Prospekt der neuen Reichsanleihe und der neuen Konsole erscheint am Samstag.

Versorgung des Großherzogtums Oldenburg mit elektrischer Energie.

* Oldenburg, 27. Jan. Die Staatsregierung schloß mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin einen Vertrag über die Versorgung des Großherzogtums mit elektrischer Energie ab. Die Anlagekosten werden 10 Mill. betragen.

Ausländischer Aktienverkauf.

* Wien, 27. Jan. Die verkauften, bei den Käufern der ungarischen Staatsanleihe-Verkaufsanstalt, sowie die Deutsche Wagnen-Verkaufsanstalt den größten Teil der verkauften Aktien der kaiserlichen Lokomotive in Mailand ihrem belgischen Konsortium zu 200 Prozent verkauft. Der Konzern behält II. „Bf. Jg.“ den Rest der verkauften Aktien zweiter Emission. Die Aktien fanden zu Paris zu Sach.

Zusammenbruch einer amerikanischen Bank.

* New York, 27. Jan. Durch den Zusammenbruch der Limited States Bank Company erleiden die amerikanischen Firmen Mexicos schwere Verluste. Die Bank ist stark engagiert bei der mexikanischen National Banking Company, für welche der Präsident Damo II. „Bf. Jg.“ vermittelte nicht der Kontrolle des Direktoriums unterliegenden Tratten auf London Kredite beschaffte.

(Telegramm eines Berliner Büreaus.)

Meinungsverschiedenheiten in Kreisen der Zinkindustrie.

* Berlin, 27. Jan. In Kreisen der Zinkindustrie verläutelt von Meinungsverschiedenheiten, durch die der Bestand der internationalen Zinkkonvention gefährdet sei.

Geldankauf des Barons von L. Zieg. L. G. in Elberfeld. Berlin, 27. Jan. Das Baronshaus L. G. von Zieg kaufte in Elberfeld ein Grundstück zum Preise von 1 200 000 Mark zwecks Errichtung eines Neubaus.

Neues vom Dividendenmarkt.

* Berlin, 27. Jan. Die Preuss. Pfandbriefbank verteilt 8 Prozent Dividende gegen 7 1/2 Prozent i. V.

* Berlin, 27. Jan. Rhein-Nassauische Bergwerks- und Hütten-L. G. verteilt 15 Prozent Dividende (i. V. 8 Prozent). Der Gesamtüberschuß beträgt 2 558 705 M., der Reingewinn M. 1 554 928 bei Abschreibungen von 1 008 777 M.

Deutscher-Amerikanische Bank.

* Berlin, 27. Jan. Die deutsch-amerikanische Bank will in Tübingen nicht ein selbständiges Hypothekensinstitut gründen, sondern das Hypothekensinstitut in der schon bestehende Filiale angliedern. Der Zinssatz für Hypotheken in der Tübingener Umgegend ist durchschnittlich 7 Prozent.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

vom 27. Januar.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Barzahlung per 100 Kg. bahntreier hier.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc., and their prices in Reichsmark.

Table for Weizenmehl and Roggenmehl with columns for different grades and prices.

Notizen: Getreide unverändert fest. Mannheim, 27. Januar. Weizen 32.- M.

Frankfurter Effektenbörse.

(Zitattelegraph des General-Anzeigers.)

Frankfurt, 27. Jan. (Handelsbörse.) Die Haltung der Börse war heute eine freundlichere im Hinblick auf die weitestgehende Besserung der New Yorker Börse und des Zusammenwirkens einer Reihe von vorliegenden Nachrichten von der heimischen Eisenindustrie. Auch die weitestgehende Besserung der Kupferwerke am Lombarder Markt brachte bei der Eröffnung günstige Tendenzen. Die Besserung hielt jedoch nicht lange an, da die Spekulation sehr zu Abgaben geneigt war. Auf dem Gebiete des Rentenmarktes konnten sich die tonangebenden Werte behaupten. Böhmischer Schwach in den Aktien der Bohmischer Bergbau-Gesellschaft machte sich weitere Abwärtsbewegung bemerkbar, im Zusammenhang mit vorzeitigen Dividendenschätzungen. Auf dem Markt für Eisenwaren nur geringe Veränderung, als höher sind Distrikts-Kommandit und Kreditaktien auszuführen. Deutsche Bank lebhaft, Bayern fest, besonders wurden Deutscher Staatsbahnen und Lombarder reger gehandelt, Baltimore Ohio besser, Schiffbauaktien befestigt auf Käufe für Hamburger Rechnung. In Industriewerten bemerkte man wieder Abwärtsbewegung, Eisen- und Schiffbauaktien befestigt auf Käufe für Hamburger Rechnung. In Industriewerten bemerkte man wieder Abwärtsbewegung, Eisen- und Schiffbauaktien befestigt auf Käufe für Hamburger Rechnung.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with columns for various financial instruments like Reichsbank-Diskont, Schatzscheine, Wechsel, and Staatspapiere, with prices and exchange rates.

Alien industrieller Unternehmungen.

Table listing various industrial companies and their stock prices, including Fab. Raderfabri, Fab. Raderfabri, and others.

Bergwerksaktien.

Table listing mining stocks such as Bochumer Bergbau, Laurium, and others.

Alien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table listing transport companies and their stock prices, including Sächs. Eisenb., Deutsche Reichsbahn, etc.

Bankbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table listing bank notes and priority obligations from various banks and institutions.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table listing bank and insurance stocks, including Deutsche Bank, Allianz, and others.

Frankfurt a. M., 27. Jan. Kreditaktien.

Table listing credit stocks from Frankfurt a. M., including Commerzbank, Dresdner Bank, etc.

Berliner Effektenbörse.

Privattelegramm des General-Anzeigers.]

Main text of the Berlin stock exchange report, starting with 'Berlin, 27. Jan. (Rendebörse). Die bedeutenden Besserungen...'.

Berlin, 26. Jan. (Devisennotierungen.)

Table of exchange rates for various currencies like Holland, London, Paris, etc.

Berlin, 27. Jan. (Sparbörse.)

Table of savings bank rates and interest rates for various banks and institutions.

W. Berlin, 27. Jan. (Telegr.) Rendebörse.

Table of interest rates for various banks and institutions in West Berlin.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock exchange rates for various companies and securities.

Wiener Börse.

Table of Vienna stock exchange rates for various banks and securities.

Wien, 27. Jan. Nachm. 1.50 Uhr.

Table of afternoon Vienna stock exchange rates for various banks and securities.

Berliner Produktenbörse.

Table of Berlin commodity exchange rates for various goods like wheat, sugar, etc.

Budapester Produktenbörse.

Table of Budapest commodity exchange rates for various goods.

Liverpooler Börse.

Table of Liverpool stock exchange rates for various commodities.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Text advertisement for Marx & Goldschmidt, Mannheim, listing their address and services.

Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt

Table with columns for 'Verkäufer' and 'Käufer' percentages.

A.-G. für Mühlenbetrieb, Neu-Ulm a. d. D.

Table listing shares and interest rates for the mill company.

Präsidenten-Vereins-Gesellschaft

Table listing shares and interest rates for the president's association.

Überseefische Schiffsahrts-Telegramme.

Text advertisement for international shipping telegrams, listing various routes and companies.

Geschäftliches.

Text advertisement for business services, mentioning 'Um Sparlichkeit zu üben...'.

Verantwortlich:

Text listing responsible parties for the publication, including 'Für Inhalt: Dr. Reinhold...'.

Large advertisement for 'Die besten Bouillon-Würfel' (MAGGI) featuring an image of the product and the text 'Man achte genau auf den Namen MAGGI und die Schutzmarke'.

